

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) hier: Metrorapid. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 10 der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/2042**, auf. Hier geht es um Baumaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Flugplätze. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 10 a) der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/2068**, auf. Das Stichwort heißt: Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP und einzelner CDU-Abgeordneter bei Enthaltung anderer CDU-Abgeordneten **abgelehnt**.

(B) Ich rufe den **Antrag** Nr. 11 der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/2046**, auf. Das Stichwort heißt hier: Private Vorfinanzierung Antistauprogramm. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 12 der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/2043**, auf. Das Stichwort lautet: Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 13 der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1904**, auf. Das Stichwort heißt: Um- und Ausbau von Landesstraßen. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 14 auf. Hier handelt es sich um einen CDU-Antrag, **Drucksache 13/1905**. Das Stichwort heißt: Um- und Ausbau von Landesstraßen. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit

ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**. (C)

Ich rufe den **Antrag** Nr. 15 auf, ein FDP-Antrag, **Drucksache 13/2045**, Stichwort: Landesstraßenausbauplan. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 16 auf. Es handelt sich um einen CDU-Antrag, **Drucksache 13/1906**. Das Stichwort ist ebenfalls: Landesstraßenausbauplan. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 17 auf, einen CDU-Antrag, **Drucksache 13/1907**. Da geht es um Verpflichtungsermächtigungen für den Landesstraßenausbauplan. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**. (D)

Meine Damen und Herren, wir sind damit mit der Einzelabstimmung zum Einzelplan 08 am Ende.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 08 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1808**. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Einzelplan 08 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich bedanke mich für die Disziplin bei der Abstimmung, meine Damen und Herren, und rufe **Nummer 3** auf:

**Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/1805 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP mit den Nummern 31 bis 58 entsprechend der Ihnen vorliegenden Tischvorlage.

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) Wir beginnen mit dem Komplex

a) Schule

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Recker von der CDU-Fraktion das Wort.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

**Bernhard Recker (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Es hat wohl noch keine Etatdebatte stattgefunden, die unter so aktuellem bildungspolitischen Anlass stand. Die Ergebnisse der PISA-Studie sind schockierend und haben hoffentlich dem letzten die Augen geöffnet, dass Bildungspolitik Priorität Nummer 1 haben muss, damit junge Menschen endlich eine echte Lebensperspektive entwickeln können und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass unser Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nicht weiter gefährdet wird.

Wir werden uns, beginnend am Freitag in der Aktuellen Stunde, intensiv mit den Ursachen und vor allem mit den sich aus der PISA-Studie ergebenden Konsequenzen auseinander setzen müssen.

(B) Meine Damen und Herren, es ist mehr als erschütternd, wenn festgestellt wird, dass fast ein Viertel der nachwachsenden Generation zu den potenziellen Risikokandidaten gehört, die nur einfachste Texte verstehen können, oder wenn der Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren mathematische Fähigkeiten sich auf Grundschulniveau bewegt, immer größer wird.

(Erhebliche Unruhe - Glocke)

Meine Damen und Herren, das heißt im Klartext: Beinahe jeder vierte Fünfzehnjährige kann nur rechnen wie ein Grundschüler und versteht nur simpelste Texte. Die Verantwortung dafür in Nordrhein-Westfalen allerdings - das muss auch gesagt werden - haben Sie von Rot-Grün ganz alleine,

(Beifall bei CDU und FDP)

denn Sie tragen seit über 30 Jahren hierfür die Verantwortung und niemand anders.

(Edgar Moron [SPD]: Seit 35 Jahren!)

Sie werden eine Verbesserung nicht erreichen, wenn Sie die Handelnden, sprich die Lehrer, nicht

auf diesem Wege mitnehmen. Frau Ministerin, ich sage es ganz deutlich: Ich fand es geradezu unglaublich, was ich eben in einer dpa-Meldung gelesen habe, wie Sie nach einem Bericht in der "Zeit" Lehrerschelte betrieben haben. Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Erlaubnis nur einige Sätze zitieren. Frau Ministerin sagt dort:

"Schulen sind resistent gegenüber verordneten Veränderungen. ... Zugleich kritisierte Behler die fehlende Distanz vieler Lehrer zum eigenen Handeln. Doch die große Sicherheit deutscher Lehrer entspricht nicht ihrer gefühlten Wirklichkeit. Solange diese Bunkermentalität vorherrscht, wehren sie sich vehement gegen alle Ansätze, die Klassentüren zu öffnen."

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Pfui! Unglaublich! - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich halte diese Angriffe für unverschämt. Die Schuld hier bei anderen zu suchen, statt selber nachzufragen, ist ein Skandal.

(Beifall bei CDU und FDP)

Denn das Problem sind nicht die Lehrer. Das Problem ist diese Regierung hier in Düsseldorf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit solchen Aussagen, Frau Ministerin, verlieren Sie das letzte Vertrauen bei der Lehrerschaft, das Sie so dringend benötigen, wenn überhaupt noch Vertrauen bei denen vorhanden war.

Wir haben in der Tat noch keine länderspezifische Auswertung vorliegen. Doch sollten die Ergebnisse der PISA-Studie im Ländervergleich nur ähnliche Ergebnisse zeigen wie bei der TIMS-Studie, dann allerdings armes Nordrhein-Westfalen!

Doch auch jetzt steht schon fest, und zwar übereinstimmend in fast allen Aussagen, dass viel zu wenig Geld in den Bereich der Sprachförderung der Migrantenkinder und in den Bereich der Hauptschulen und Grundschulen investiert wird. Das sollten wir auch wissen: Die Erkenntnis ist nicht erst seit PISA da, dass gerade die Hauptschule, die zum Teil unter schwierigsten Rahmenbedingungen ihre Arbeit leisten muss, keine entsprechenden Rahmenbedingungen erhalten hat, die für eine adäquate, dieser Schülerschaft angemessene Förderung notwendig gewesen wären.

(C)

(D)

(Bernhard Recker [CDU])

- (A) Wenn nun aber überwiegend Schüler die Hauptschule besuchen, die aus Migrantenfamilien kommen oder einen sozial schwächeren Status haben und einer besonderen Förderung bedürfen, so haben Sie von Rot-Grün sich allerdings mitschuldig gemacht, da Sie dieser Schulform seit Jahren die für sie notwendige Form der Ganztagschule verweigert haben. Seit Jahren machen wir hier deutlich, dass es aus sozialen und pädagogischen Gesichtspunkten unfair und ungerecht ist, gerade dieser Schulform den Ganztagsbetrieb zu verweigern. Dafür haben wir jetzt die erste Quittung bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke auch an manche Grundschuldebatten. Immer wieder haben wir hier erklärt, dass die Grundschule die wichtigste Schule ist, dass hier die Fundamente für eine positive Schulzukunft gelegt werden und spätere Reparaturen teurer und ineffektiv sind. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, dass Lesen, Schreiben und Rechnen das A und O schulischer Grundlagen bilden und dass wir diese Schulform nicht mit anderen gesellschaftspolitischen Aufgaben überfrachten dürfen.

- (B) Ich darf hier an die Diskussion von vor einigen Jahren erinnern und beispielhaft zitieren, was Bündnis 90/Die Grünen, ich glaube, 1997/1998, vertreten durch Frau Gundula Röstel, als Ziel von Bildung formulierten:

"Wir wollen das vitale Bürgerengagement von Greenpeace bis zum Dritte-Welt-Shop, vom Kirchentag bis zur Antiatomdemonstration stärken. Das Bildungssystem muss ein Experimentierfall und damit ein Trainingslager für gesellschaftliche Arbeit sein."

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass zumindest mit dem Ergebnis der PISA-Studie diese allein ideologisch begründeten Spielwiesen endlich ad acta gelegt werden;

(Beifall bei CDU und FDP)

denn damit verspielt man in unverantwortlicher Weise die Zukunftsfähigkeit vieler junger Menschen.

Aber auch das sollten wir in Erinnerung rufen, wenn wir über die Rahmenbedingungen für Grundschulen sprechen: zu große Klassen, massiver Unterrichtsausfall, fachfremd erteilter Unter-

richt, total überalterte Kollegien, jahrelang kamen keine Neuen hinzu. All das sind schlechteste Rahmenbedingungen für eine gute Basisausbildung in der Grundschule. (C)

Wenn ich dann wie z. B. in Bayern in der Grundschule 400 Stunden mehr unterrichte - 2,7 Stunden pro Woche -, so habe ich naturgemäß ganz andere Möglichkeiten einer differenzierten Förderung.

Wie gesagt, über die PISA-Studie werden wir uns noch intensiv austauschen. Aber ich kann und will diese Haushaltsdebatte nicht führen, ohne diese Ergebnisse mit einzubeziehen. Daher die Kernfrage: Gibt dieser Haushaltsentwurf zumindest in Bruchstücken eine Antwort darauf? - Leider nein.

Einige wenige Beispiele: Mit der von Ihnen beabsichtigten Einstellung von mehr Lehrkräften - wenn der Markt sie dann noch hergibt - geben Sie lediglich eine Antwort auf wachsende Schülerzahlen und neue Aufgaben, die unsere Schulen durchführen sollen. Das heißt im Klartext, dass eine dringend notwendige, zusätzliche, differenzierte Förderung nicht erfolgen kann. Im Gegenteil: Im Haushaltsplan werden fast 1.000 Stellen in Grundschulen und Gymnasien gestrichen. Wer zurückgehende Schülerzahlen als Einsparpotenzial begreift, handelt unverantwortlich und kurzsichtig. (D)

Das heißt in der Konsequenz: Hier in Nordrhein-Westfalen bleibt es höchstens beim Status quo - ein angesichts der Studie unverantwortlicher Vorgang.

Ich nehme ein weiteres Beispiel: die zusätzlichen Ganztagsangebote. Wenn eines an der Studie deutlich wird, so die Notwendigkeit qualitativ hochwertiger Angebote, d. h. mehr Ganztagschulen als Angebot an alle Schulformen.

(Beifall bei CDU und FDP)

So genannte Billigangebote werden die Schere zwischen den Zukunftschancen junger Menschen verschiedener sozialer Herkunft nicht schließen. 400 Millionen DM Nachhilfe in Nordrhein-Westfalen sind ein Skandal!

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir fordern Sie deshalb auf: Streichen Sie keine Stellen, sondern belassen Sie diese im Haushalts-

(Bernhard Recker [CDU])

(A) plan! Schaffen Sie endlich mehr Ganztagschulen für alle Schulformen!

Unsere wesentlichen Vorschläge, ganz kurz: Wir wollen im Jahre 2002 fast 4.000 zusätzliche Stellen schaffen, die seriös finanziert sind. Dabei wollen wir das Programm "Geld statt Stellen" auslaufen lassen und den Schulen eine Stellenreserve von 3 % gewähren, damit für Schüler, Schulen und Lehrpersonen endlich Planungssicherheit ermöglicht wird. Die von uns geforderten 3.950 Stellen setzen sich zusammen aus 2.600 aus dem Programm "Geld statt Stellen" sowie 1.350 aus in den Einzelplänen linear eingesparten Stellen. Eine ganz wichtige aktuelle Forderung von uns - 35 Millionen DM für die Verstärkung eines qualitativen Ganztagschulangebotes - ist dringender denn je.

(B) Meine Damen und Herren, sicherlich werden wir in den nächsten Tagen und Wochen auf der Grundlage der PISA-Studie über Inhalte, Lehrmethoden, Lehrerbildung, das Einfordern qualitativer Leistungsstandards und andere Bereiche ausgiebig diskutieren. Nur: Hier und heute fällt die Entscheidung darüber, ob wir zumindest im personellen Bereich die Rahmenbedingungen schaffen, die effektives Unterrichten und qualitativ hoch stehende Ergebnisse ermöglichen. Mit dieser Entscheidung heute lösen wir gewiss nicht die in der PISA-Studie aufgeworfenen Fragen, aber wir können mit verantwortlichen Entscheidungen im personellen Bereich die notwendigen Grundvoraussetzungen schaffen, um auf realistischer Basis Lösungen zu ermöglichen.

Wir fordern Sie daher auf: Stimmen Sie unseren Vorschlägen zu! Springen Sie bitte endlich über Ihren eigenen Schatten! Tun Sie es deshalb, weil es dazu keine Alternative gibt. Ein "Weiter so!", Flickschusterei und Reparaturen reichen nicht mehr aus. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Kollege Recker. - Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Degen das Wort. Bitte schön.

**Manfred Degen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man wertet, was Herr Recker über PISA gesagt hat,

(Zuruf von der CDU: War gut!)

(C) könnte man als Symbol den schiefen Turm von Pisa nehmen; denn das ist wirklich alles andere als zutreffend.

Sie haben gesagt, dass PISA hoffentlich dem Letzten die Augen geöffnet hat. Ich hoffe das auch. Das wird sich zeigen, wenn wir darüber diskutieren.

(Zuruf von Joachim Schultz-Tornau [FDP])

- Lesen Sie sie erst einmal; sie ist ja noch gar nicht ganz auf dem Markt!

(Brigitte Speth [SPD]: Aber schon urteilen!)

Man kann sagen, dass seien alle Probleme, die die Regierung in Düsseldorf für Gesamtdeutschland zu verantworten habe. Der Vergleich der PISA-Studie umfasst 32 Länder und darunter Deutschland als Gesamtheit und nicht nur das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Man muss sich auch einmal von seinen Wunschvorstellungen freimachen und genau hinschauen.

(D) Frau Schavan, die Präsidentin der KMK, hat sinngemäß gesagt, PISA biete eine gute Grundlage für eine vorurteilsfreie Diskussion in Deutschland. Ich hoffe, dass wir die auch noch hier in Nordrhein-Westfalen führen können. Im Moment sieht das nicht so aus; denn man müsste dabei folgende Reihenfolge einhalten: PISA lesen, PISA verstehen und dann über PISA sprechen.

(Beifall bei der SPD - Brigitte Speth [SPD]: Genau, das ist Kompetenz!)

Eines lässt sich allerdings aus PISA und auch bereits aus der TIMS-Studie ableiten, nämlich dass es keine direkte Relation gibt und dass man nicht einfach sagen kann: Mehr Lehrer lösen alle Probleme, mehr Lehrer geben automatisch besseren Unterricht. - So einfach ist es nicht.

(Michael Solf [CDU]: Ihr Umkehrschluss ist noch einfacher!)

Jetzt aber zum Haushalt; denn wir unterhalten uns über den Haushalt. Über PISA werden wir am Freitag sprechen.

Der Einzelplan 05 mit einer Steigerungsrate von 3,6 % ragt aus den Zahlen des gesamten Haushaltes heraus. Das macht deutlich, dass Bildung für uns nicht nur verbal, sondern auch haushaltsmäßig Priorität genießt. Wir haben in der Fraktion erlebt, dass es einfach ist, zu sagen, Bildung habe

(Manfred Degen [SPD])

(A) **Priorität.** Wenn man dann aber in anderen Bereichen einsparen muss, ist diese Überzeugung für manche nicht mehr so einfach aufrechtzuerhalten. Es ist ein schwieriger Prozess, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Aus der Oppositionsrolle ist das alles etwas einfacher.

Der Einzelplan 05 umfasst 11,5 Milliarden Euro. Allein diese Zahl zeigt, dass wir Schwerpunkte gesetzt haben.

Wir reagieren aber nicht hektisch auf Untersuchungen wie TIMSS oder - schon im Vorfeld - PISA, sondern handeln in der gesamten Legislaturperiode planmäßig. Ich bin froh, dass wir zu Beginn der Legislaturperiode mit dem Stufenplan für eine verlässliche Schule den Rahmen für diese fünf Jahre abgesteckt haben. Wir sind jetzt bei der zweiten Phase der Umsetzung des Stufenplanes. Ich will ihn noch einmal nennen. Man kann das nicht oft genug tun; denn er wird von der Opposition immer wieder benutzt, uns zu unterstellen, wir hätten mehr versprochen, als wir hielten.

(B) Die 6.100 zusätzlichen Stellen bis 2005 decken ab: steigende Schülerzahlen, Englisch in der Grundschule, Verbesserung der Unterrichtssituation in der Realschule, Einführung von praktischer Philosophie und islamischer Unterweisung und eine weitere Schulleitungsentlastung im Jahre 2004. Das heißt, es ist ein Mix aus der Abdeckung zusätzlicher Bedarfe, aber auch eine Investition in zusätzliche Angebote wie Englisch, islamische Unterweisung und eine Entlastung für Schulleitungen und für die Realschule.

Der Haushaltsplan 2002 enthält 601 zusätzliche Lehrerstellen. Von Kürzung, Herr Recker, kann also keine Rede sein. Wir werden beim Gymnasium und bei der Gesamtschule zusätzlich - das hat sich aus der Marktsituation ergeben - 1.830 Stellen von A 12 nach A 13 anheben. Das ist auch ein Bestandteil dieses Haushaltsplans, den wir hier verabschieden werden.

Wir haben insgesamt 142.561 Stellen. Wenn man sieht, dass davon 8.674 für die Betreuung von Migranten- und Aussiedlerkindern gedacht sind, merkt man, wo der zweite Schwerpunkt der Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode liegt.

Sie haben sich in Ihren Haushaltsanträgen wiederum "Geld statt Stellen" zum Ziel gesetzt. Die FDP will dieses Programm völlig streichen und statt-

dessen wieder die Stellenreserve einführen, die sich nicht bewährt hat. Die CDU ist etwas zurückhaltender. Sie will erst die Hälfte des Geldes in diesem Bereich umwandeln. Sie hat auch einmal gesagt, sie wolle die Stellenreserve in einer anderen Form. Wie diese aussehen soll, darüber können wir uns gerne unterhalten. Bisher habe ich dazu noch keinen Vorschlag gesehen. (C)

Wir haben das Programm "Geld statt Stellen" erweitert. Es geht nicht nur um den Vertretungsunterricht, sondern auch um die Weiterführung des Vertretungspools Grundschule, der sich auch in der Organisation sehr bewährt hat. Wir haben 1.000 Springerstellen für den Sekundarbereich I eingerichtet, um hier flexibler reagieren zu können. Wir müssen sehen, wie sich das bewährt.

Das Programm "Geld aus Stellen" umfasst jetzt 600 Lehrerstellen, die anders verwandt werden können. Das ist gewissermaßen ein vorweggenommener Einstieg in die Personalbudgetierung.

Wir haben die Schulpauschale eingeführt, die jetzt ungefähr 1 Milliarde Euro umfasst. Diese wird wohl nach gewissen Schwierigkeiten, die es natürlicherweise im Übergang gibt, von den Kommunen dankbar entgegengenommen werden. Denn damit haben wir nämlich ein neues Feld erschlossen, nämlich Geld für die Sanierung von Schulen gegeben. Wir ermöglichen auch flexiblere und modernere Finanzierungsweisen für Schulneubauten. (D)

(Zuruf von Michael Solf [CDU])

- Herr Solf, Sie haben vorhin schon zu hören bekommen, Sie sollten nicht dazwischenrufen. Melten Sie sich doch!

(Unruhe)

Wir haben über den Schwerpunkt der ganztägigen Betreuung diskutiert. Wenn Sie sich ein bisschen informieren, dann wissen Sie auch, dass die SPD-Fraktion in der nächsten Legislaturperiode die offene Ganztagsgrundschule zum Ziel hat. Wir befinden uns dazu noch in der Diskussion, zu der auch Sie herzlich eingeladen sind. Das ist übrigens ein Punkt, bei dem wir genau auf der Linie liegen, die uns PISA wohl vorschreiben wird.

Insgesamt muss gesagt werden, dass wir mit der Bildungsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen nach wie vor hinter Berlin und Bremen und noch vor Hamburg liegen.

(Manfred Degen [SPD])

- (A) Das ist ein wichtiger Indikator für Bildung in einem Bundesland. 76,3 % aller Fünf- bis Neunzehnjährigen besuchen bei uns allgemein bildende Schulen.

(Zuruf von Joachim Schultz-Tornau [FDP])

- Wir haben nach wie vor - vielleicht interessiert das auch Sie - die geringste Quote der Schulversager, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Mit 6 % ist sie allerdings immer noch zu hoch.

(Joachim Schultz-Tornau [FDP]: PISA undifferenziert zitiert!)

- Ja, darüber werden wir noch reden. Sie sind dazu herzlich eingeladen.

Wir kommen den neueren Forderungen der CDU sehr entgegen; denn Herr Rüttgers hat sensationellerweise gesagt, wir bräuchten mehr und nicht weniger Abiturienten. Die entsprechende Quote in Nordrhein-Westfalen - nicht nur absolut, sondern auch prozentual; ich will das aus gegebenem Anlass noch einmal erläutern - ist sehr gut.

An zweitletzter Stelle liegt übrigens das von Ihnen so sehr geliebte Bundesland Bayern.

- (B) (Widerspruch und Heiterkeit bei der FDP)

Unser wichtigstes Projekt ist die "Selbstständige Schule". Ich glaube, wir sind hier auf einem guten Wege.

Ich muss aber noch ganz kurz auf das Verständnis der FDP zur Weiterbildung eingehen: Es ist schon frappierend, wenn 1 Million Euro für Innovationen in der Weiterbildung, zugleich aber 5 Millionen Euro für das Controlling in der Weiterbildung vorgesehen werden. Wenn eine liberale Partei das mit Worten wie "steuern, regeln, lenken" begründet, dann muss man fragen, wo die Liberalität hier noch zu finden ist.

(Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Ohne Steuern landet man im Riff!)

Der CDU sei zur Weiterbildung gesagt: Bisher haben wir immer alles gemeinsam gemacht. Ich hatte das schon im Ausschuss gesagt. Es ist einfach, die Sicherung der großen Finanzierungsblöcke der Regierungskoalition zu überlassen, dann aber noch einiges draufzugeben, um sich einigen Landesorganisationen als gute Adresse anzudie-

nen. Diese Übung sollten wir nicht fortführen. Der Weiterbildungsbereich hat gezeigt - vielleicht gilt das auch als Beispiel für den Bildungsbereich -: Wenn wir offen über PISA diskutieren, finden wir vielleicht einige Gemeinsamkeiten zum Wohle von Nordrhein-Westfalen.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke, Kollege Degen. - Das Wort hat der Abgeordnete Witzel, FDP-Fraktion.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Herr Witzel, stellen Sie das jetzt einmal klar! - Brigitte Speth [SPD]: Das brauchen Sie?)

**Ralf Witzel (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich richtig in diesen Tagen, auch hier viel über PISA zu reden; dem werden auch Sie zustimmen, Frau Speth. Das werden wir ja am Freitag auch tun.

(Brigitte Speth [SPD]: Ich habe gar nichts zu Ihnen gesagt! - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist falsch verstanden worden!)

(D)

- Deswegen gehe ich ja davon aus, dass Sie zustimmen werden. Sie haben mir so freundlich zugunickt.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Frau Löhrmann, ich habe Ihnen das nicht unterstellt. Wir werden das am Freitag in aller Gründlichkeit diskutieren.

Ich denke, bei seriöser Behandlung des Themas "PISA" ist es sicherlich zu früh, jetzt im Detail Schlussfolgerungen zu ziehen. Wir erhalten die landesspezifischen Ergebnisse frühestens im Frühjahr nächsten Jahres. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, alles unter dem Blickwinkel von Nordrhein-Westfalen zu betrachten.

Wir beraten den Haushalt für das Jahr 2002. "PISA" ist gar nicht so entscheidend. Wir müssen mit den Defiziten leben, die wir 2001 hatten und die wir auch im nächsten Jahr - würde dieser Haushalt so beschlossen - haben werden. Das sind die Versäumnisse der rot-grünen Bildungspolitik der letzten Jahre.

(Ralf Witzel [FDP])

- (A) Auf viele Komponenten ist hingewiesen worden. Die stehen aber nicht alle in einem direkten Zusammenhang mit PISA. Man kann in der Tat auch einmal über die Frage diskutieren, ob Qualität nur von bildungsstatistischen Kennziffern abhängt. Bei den Haushaltsberatungen muss aber doch zumindest Einigkeit in dem Punkt bestehen, dass man - sofern man ein qualitätsorientiertes Bildungswesen will - natürlich auch die Ressourcen zur Verfügung zu stellen hat, um die Aufgaben sachgerecht erfüllen zu können.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb werden wir uns als FDP-Landtagsfraktion bei den Haushaltsberatungen hier im Landtag über Schüler/Lehrer-Relationen, über überalterte Lehrerkollegien, über fachfremde Unterrichterteilung, über Klassengrößen und vor allem auch über Maßnahmen zur Motivationssteigerung in den Lehrerkollegien unterhalten.

Meine Güte: Es wird vonseiten der Regierung an jeder Stelle darauf hingewiesen, dass der Schaulaufenbegriff der so genannten neuen Verlässlichkeit in der Bildungspolitik alles erschlägt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Den Beteiligten in den Kollegien wird in Aussicht gestellt, dass es eine Leistungsprämie gäbe, wenn Entsprechendes geleistet würde. Es geht um Geld, das man den Leuten vorher weggenommen hat. Da beschließt das Kabinett im Sommer: Das gibt es jetzt nicht. - Das ist Ihre Verlässlichkeit in der Bildungspolitik. Das löst in den Kollegien Motivationsprozesse eigener Art aus,

- (B)

(Zuruf von der FDP: Das ist unglaublich! - Beifall bei FDP und CDU)

die wir als FDP aber eher für Demotivationsprozesse halten.

Nehmen Sie die weitere Schaulaufenzahl der 6.100 Lehrerstellen - gestreckt über die nächsten Jahre -: Es ist ein Stück weit Ehrlichkeit erforderlich, darauf hinzuweisen, dass ein Großteil dieser Stellen benötigt wird, um zusätzliche Aufgaben, die es bisher nicht gab, abzudecken, um mit immer mehr Schülern umgehen zu können. An der Grundversorgung der Schule vor Ort hat sich im Haushalt 2002 aber nichts verbessert. An keiner einzigen Stelle wird durch diesen Haushaltsansatz bei der Erfüllung der Aufgaben auch nur irgend etwas verbessert.

(Beifall bei der FDP)

Weiterhin gehört es zur Ehrlichkeit, dass man sich einmal anschaut, was sich in den letzten zehn Jahren verändert hat. Wenn ich eine haushaltspolitische Situation vernünftig bewerten will, dann darf ich mir nicht nur den Sprung von einem Jahr in das nächste Jahr anschauen. Denn sonst kann es passieren, dass aufgrund eines Absturzes in einem Jahr alles gesenkt wird, was zu einer Verschlechterung der Situation führt. Dann wäre allein die Fortschreibung dieses Standards ehrgeizig.

(C)

Nach all den umfänglichen Untersuchungen, die es auch vom Bildungsministerium gibt, steigen die Schülerzahlen in diesem Land bis 2005 um 200.000. Das entspricht nach der Prognose des Bildungsministeriums im Vergleich zum Referenzwert Mitte der 90er-Jahre einem Zuwachs von 7,5 %, was in den letzten Jahren bei den Lehrereinstellungen bei weitem nicht nachgeholt worden ist. Die 8.000 Lehrerneueinstellungen, die wir fordern, machen nicht 7,5 % aus, sondern - bezogen auf 140.000 Vollzeitstellen - 5,7 % und sind damit das Allernotwendigste, reichen nicht einmal für große Sprünge in der Qualitätsentwicklung aus, sondern fangen nur den Standard auf, den wir Anfang oder Mitte der 90er-Jahre hatten.

Unterdessen legen Sie zur Motivation in den Lehrerkollegien Notprogramme wie "Geld statt Stellen", "bedarfsdeckender Unterricht" oder "Vorgriffstunden" auf. Ich bekomme sehr intensiv mit, wie groß etwa zum Stichwort "Verlässliche Schule" die Verunsicherung in den Kollegien ist. Denen ist nämlich genauso wie bei der Leistungsprämie einmal die Stundenrückgabe in Aussicht gestellt worden. Ich will das gar nicht bewerten, aber die Beteiligten haben momentan große Zweifel, ob alles so eintritt, wie das hier zugesichert worden ist, oder ob man zum gegebenen Zeitpunkt noch einmal entsprechende Modifikationen vornehmen will. Ich würde das hier niemals behaupten, aber das ist die Wahrnehmung. So viel zur Motivation in den Lehrerkollegien, die auch nach PISA ein ganz wesentlicher Erfolgsfaktor ist.

(D)

Die 4%ige Stellenreserve als flexibles, dezentrales Steuerungselement der Schule vor Ort ist abgebaut worden.

Deshalb wirbt die FDP-Landtagsfraktion für einen großen Wurf, für ein Milliardenprogramm, für einen Kraftakt zugunsten der Bildung in diesem Land von 1,5 Milliarden.

(Beifall bei der FDP)

(Ralf Witzel [FDP])

- (A) Niemand kann hier ernsthaft annehmen, wir gingen irgendein Risiko ein. Wir haben derart veraltete Lehrerkollegien, eine Altersstruktur, aufgrund derer in den nächsten zehn Jahren in bestimmten Schulformen ein Drittel der Lehrer aus dem Dienst ausscheidet, dass wir jetzt völlig risikolos und offensiv Neueinstellungen tätigen können, ohne damit einen Wechsel auf die Zukunft zu ziehen, ohne bei irgendwann wieder rückgängigen Schülerzahlen Dauerverpflichtungen eingegangen zu sein, von denen wir nachher nicht mehr herunterkommen. Allein schon aufgrund der hohen Fluktuationsrate könnten wir endlich einmal investiv für die Zukunft der jungen Generation tätig werden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb lohnt es sich, auch einmal ins Detail zu gehen. Bei dem soeben behandelten Einzelplan haben wir diskutiert, dass lebenslanges Lernen und Weiterbildung immer wichtiger werden; diesem Obersatz wird jeder hier im Haus zustimmen. Dem stehen im Etat 160 DM pro Lehrer und Jahr für Fortbildungsaufwendungen zur Verfügung.

- (B) Ich höre hier auch immer die Sonntagsreden, in denen man gerne Schuld an die Wirtschaft adressiert, sie tue nicht genug für die Qualifizierung ihrer eigenen Arbeitnehmer, es würden viel zu wenig Leute freigestellt, und die Budgets reichten alle nicht aus. Wenn man das einmal mit dem vergleicht, was im öffentlichen Dienst für Lehrerkollegen geleistet wird, dann ist man angesichts der Zahlen beschämt.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Ganztagsbereich ist angesprochen worden. Auch hier benötigen wir einen großen Kraftakt, und zwar für alle Schulformen - und das ist nicht erst, seit letzte Woche die PISA-Studie bekannt wurde. Wir wollen im Sinne der Nachfrage der Eltern regeln, dass für alle Schulformen Kapazitäten für die Ganztagsbetreuung bereitgestellt werden, nicht als Privileg für die Gesamtschulen.

Ferner ist es wichtig - das wird an dieser Stelle nicht zu vertiefen sein; das machen unsere Kommunalpolitiker -, sich kurz über die Finanzierung der Schulträger vor Ort zu unterhalten. Auch hier bemerke ich eine große Schaufensterpolitik: Man kündigt an, das Land würde Geld geben. Das ist aber Geld, das Sie den Kommunen an anderer

Stelle genommen haben. Rechte Tasche, linke Tasche! (C)

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dadurch verbessert sich an den Versorgungsrelationen in diesem Land tatsächlich aber erst einmal gar nichts. Wir haben, weil das Modell der Schulpauschale an sich ja intelligent ist - es schafft Planungssicherheit, und man kann sich längerfristig auf Bedarfe einrichten -, gesagt

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- davon bin ich fest überzeugt, Herr Ministerpräsident -: Wir brauchen, so richtig das Instrument ist, für die Übergangsphase einen Übergangsfonds, damit die Kommunen, die aufgrund des großen Antragsstaus bei vielen Bezirksregierungen über Jahre hinweg nicht gefördert wurden, in Kürze aber große Vorhaben genehmigt bekommen hätten, auch aus Gründen der Planungssicherheit nicht über Nacht leer dastehen und in den nächsten 10, 20 Jahren Mittel ansammeln müssen.

Genauso ist es hier im Landtag vorgetragen worden, als die SPD-Landtagfraktion im Frühjahr dieses Jahres das Modell der Schulpauschale vorgestellt hat. Ich zitiere die Kollegin Bolte mit Erlaubnis des Präsidenten: (D)

"Wenn Kommunen bis zum Haushaltsjahr 2001 damit rechnen können, mit entsprechenden Fördersätzen bedacht zu werden, und wenn man dann für die Zukunft - von welchem Zeitpunkt an auch immer - zu Pauschalen übergehen will, dann muss es Übergangsregelungen geben, die dies vertretbar erscheinen lassen."

Wir stellen dieses wortwörtliche Zitat in unserer heutigen Antragsbegründung zur Abstimmung. Dann können Sie selber entscheiden, wie Sie mit dem umgehen, was Sie noch im Frühjahr dieses Jahres bei der Vorstellung des neuen Instruments verkündet haben.

Wir wollen konsequent Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs ergreifen, um zukünftig qualifizierte Kollegen für den Schuldienst gewinnen zu können und damit nicht viele ausgebildete Lehrer in die Wirtschaft abwandern. Wir müssen uns über eine bessere Besoldung vor allem auch der Lehramtsanwärter unterhalten.



(Ralf Witzel [FDP])

- (A) Nicht selten kommt es vor, dass der Lehramtsanwärter an einem Berufskolleg weniger verdient als der Auszubildende im dritten Lehrjahr, der ihm gegenübersteht.

Wir haben Ergebnisse der Arbeitszeituntersuchung von Mummert und Partner, die bislang noch nicht in sachgerechter Weise umgesetzt sind. Da wird viel Handlungsbedarf erkennbar.

Dies alles können wir aber - festgemacht an Qualitätszielen - nur auf den Weg bringen, wenn die finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden. Über all die qualitativen Fragen wie Bildungsbeteiligung und darüber, ob man den Wert von Bildung und Erziehung allein an einer möglichst großen Anzahl formal gut ausgeschütteter Schulnoten festmacht, werden wir noch einmal an anderer Stelle diskutieren. Das gehört nicht zwingend in die Haushaltsberatung. Aber auch an der Stelle sind wir als FDP sicherlich der Auffassung, dass das Entscheidende für die Bildungsqualität in diesem Land die Leistung ist, die letzten Endes von allen Beteiligten im Schuldienst erbracht wird

(Beifall bei der FDP)

- (B) und nicht die Anzahl formal ausgegebener Schulzeugnisse eines bestimmten Ranges. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Schönen Dank, Kollege Witzel. - Das Wort hat Frau Löhrmann, Bündnis 90/Die Grünen.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich hat uns alle die - von uns ja erwartete - PISA-Studie sehr, sehr nachdenklich gemacht, und natürlich müssen wir intensivst darüber diskutieren und uns erst einmal sachkundig machen. Vor diesem Hintergrund bedauere ich im Grunde, in welcher Form bestimmte Dinge in diesem Zusammenhang erörtert werden, denn ich glaube, wir werden der Studie und dem, worum es geht, nämlich die Bildung und Qualifizierung von Kindern und Jugendlichen, nur gerecht, wenn wir wirklich tabufrei, vorurteilsfrei diskutieren. Das gilt für alle Bereiche. Dazu zählt dann für uns auch - was die Selektionsmecha-

nismen in unserem Schulsystem angeht -, die Rückläuferquote von 25 %. Auch das bindet Ressourcen, und zwar ganz massiv. (C)

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, warum denn!)

- Ja, ich rede jetzt von Wiederholungen. Das hat doch nichts mit dem Grundschulgutachten zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP,

(Ralf Witzel [FDP]: Natürlich! - Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Aber natürlich!)

sondern das heißt, dass Sie meinen, wenn Sie dem Kind eine Fünf gäben, werde es dadurch besser, dass es eine Fünf gekriegt habe. Das meinen Sie doch, dass Kinder dadurch besser werden.

(Widerspruch bei der FDP)

Frau Schavan hat ja inzwischen gesagt - und wir sollten darüber diskutieren -, man müsse darüber nachdenken, ob es denn gerechtfertigt ist, Kinder, wenn sie in zwei Fächern schlechte Noten haben, die ganze Klasse wiederholen zu lassen, weil das offenbar nicht zur Leistungssteigerung führt. Ich erinnere einmal an den schönen Spruch von der Kuh; die Kuh wird nicht dadurch fetter, dass ich sie ständig auf die Waage stelle, und sie wird auch nicht dadurch fetter, dass ich die Mastzeit verkürze, um es einmal mit einem etwas drastischen Bild zu verdeutlichen. (D)

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Wovor ich ebenfalls warnen will, meine Damen und Herren, sind die einseitigen Schuldzuweisungen, ist diese Schwarz-weiß-Malerei. Wer jetzt glaubt, dass er die Weisheit mit Löffeln gefressen habe, der kommt in der richtigen fachlichen Analyse dieser Studie wohl nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da hat es mich schon gewundert, dass damals, als die Studie vorgestellt worden ist und als die Gelegenheit bestanden hat, mit Professor Baumert zu sprechen, die FDP es nicht nötig hatte, anwesend zu sein und sich das vielleicht einmal anzuhören. Es hätte Ihnen nämlich gut getan, sich das einmal durch Nachfragen genau vor Augen zu führen und es sich anzuhören.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich warne auch davor, hier die Illusion in den Raum zu stellen, dass Sie dann - selbst wenn wir

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) Ihren Haushaltsanträgen, so unseriös sie sind, folgen würden, selbst wenn wir im nächsten Jahr 3.000 Lehrer mehr einstellen würden; wer würde das nicht gern tun! - im nächsten Jahr automatisch eine messbare Qualitätsveränderung erreicht hätten. Wir brauchen viele Maßnahmen, und wir brauchen eine gründliche Diskussion der Maßnahmen.

Es geht nicht darum zu sagen, die Lehrer sind schuld, diese oder jene Landesregierung ist schuld, diese oder jene Kommune ist schuld, sondern wenn wir nicht begreifen, dass dies wirklich ein gesamtgesellschaftliches Auseinandersetzen mit Bildungsprozessen ist, dann haben wir, glaube ich, verloren, und zwar alle miteinander. Das ist es eben, was ich bemerkenswert finde, dass Sie diese einseitige Schwarz-weiß-Diskussion weitermachen.

Alle finden es jetzt so gut, dass wir die Migrantenkinderförderung haben, und Sie rufen nach Maßnahmen für die Haupt- und Sonderschulen.

Wir Grüne waren es doch, die in den letzten Jahren diese Punkte durchgesetzt haben. Wir haben im letzten Jahr 300 Stellen zusätzlich durchgesetzt. Da haben Sie natürlich immer schön mitgestimmt. Wir haben die Anträge zu den Migrantenkindern gestellt; Sie hatten diese Anträge nicht auf Ihrer Liste. Sie haben dann zwar schön mit Rot-Grün mitgestimmt, aber wir waren es, die diese Elemente vorgetragen und durchgesetzt haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Ja, das ist jetzt um 27 %, knapp 30 % gesteigert worden! Im Fachausschuss hatten Sie diese Punkte nicht auf Ihren Antragslisten, Herr Solf. Ich weiß das ziemlich genau, weil ich dabei gesessen habe.

Und wir kommen wohl auch nicht weiter, wenn wir nicht anfangen, genauer zu differenzieren, wo welcher Bedarf besteht. Dann ist es aber doch absurd, wenn Sie jetzt die Fortbildungsmittel auf 160 DM pro Kollegin und Kollegen in der Schule herunterrechnen. Ich gehe doch davon aus, dass es unterschiedliche Anforderungen Einzelner gibt, weil es unterschiedliche Nöhen zu Abschlüssen gibt, dass es unterschiedlichen Qualifizierungsbedarf gibt. Der Weg, dorthin zu kommen, kann doch nur sein, dass die Schulen selber die Mittel zur Verfügung erhalten, dass sie selbst entschei-

den können, welches für ihr Kollegium die richtige Fortbildung ist. Da kann ich doch nicht nach einem Gießkannenprinzip vorgehen, wie Sie es hier tun wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Man muss anders verteilen!)

Meine Damen und Herren, die Qualität des Unterrichts muss im Zentrum der Zielsetzung stehen. Am Freitag werden wir sicherlich die Diskussion weiterführen.

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir mit diesem Haushalt den Stufenplan nachvollziehen und weiter umsetzen, den wir Anfang dieses Jahres auch auf unser Drängen hin beschlossen haben. Wir haben im Wahlkampf rund 5.000 neue Stellen versprochen und setzen jetzt 6.100 zusätzliche Stellen um. Was wir für diese Legislatur versprochen haben, wird hiermit auf den Weg gebracht. Natürlich möchte ich gern mehr, Herr Solf, aber wo ist denn die Gegenressource? Die haben Sie nicht seriös finanziert,

(Widerspruch bei der CDU)

weil pauschale Aussagen wie "dann sparen wir mal anderswo, im Bereich der Landesverwaltung muss mehr abgebaut werden, das sparen wir!", nicht seriös sind, weil Sie das Geld, wenn Sie es zusätzlich ausgeben wollen, sofort brauchen. Und die Sparkonzepte der FDP haben zumindest in Diskussionen vor Ort auch Ihre Sprecher, Herr Rüttgers, immer als unseriös bezeichnet. Deswegen wundert mich Ihre Begeisterung über meinen Vorredner.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Aber Sie können uns nicht begeistern!)

Wir haben diesen Stufenplan Gott sei Dank in trockenen Tüchern, weil die Haushaltslage nicht besser, sondern schwieriger wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Schulhaushalt ist der einzige Einzeletat, der signifikant steigt, obwohl der Landeshaushalt leider nicht anwachsen kann. Wir haben mit diesem Haushalt die Mittel, die gekürzt worden waren - nämlich "Gestaltung und Öffnung von Schule" und "Beruf und Schule" -, wieder aufgestockt, weil uns ganz wichtig ist, dass wir nicht Konkurrenzen in Feldern anderer Schulen aufreißen lassen, wenn wir das Reformvorhaben "Schule 21 -

(C)

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) **Selbstständige Schule** umsetzen. Klar ist jetzt - das kommt zusätzlich hinzu -: Das, was für die Selbstständige Schule da ist, geht nicht zu Lasten anderer Programme, die sich in den Schulen bewährt haben und die in vielen Schulen zu mehr Innovation geführt haben.

Jetzt möchte ich noch einen Punkt ansprechen, den ich heute in unserer Lokalzeitung mit Blick auf die PISA-Studie gelesen habe. Darin wird an die örtliche Politik appelliert, dass die Stadtspitze bei der Bildung nicht sparen sollte, und es wird die Sorge geäußert, dass die Mittel, die vom Land für die Schulbaupauschale bereitgestellt werden, für andere Zwecke verwendet werden. Natürlich wünschen sich die Eltern mehr Ganztagschulen und eine Qualitätsoffensive mit klaren Zielvorgaben. Dazu müsse allerdings ein Umdenken auf mehreren Ebenen in Gang gebracht werden. Und - ich zitiere -:

"Nicht nur die momentan viel gescholtenen Lehrer, sondern auch die Eltern müssen ihren Beitrag zu einer besseren Lehre beitragen. Statt der reinen Wissensvermittlung steht immer häufiger Sozialkompetenz auf dem Stundenplan."

- (B) Und - jetzt wird es mir sehr wichtig -:

"Die Hoffnung der Eltern liegt jetzt auf dem Modell 'Selbstständige Schule'. Hier wird der Schuletat allein von der jeweiligen Schule und nicht mehr über Stadt und Land verwaltet. Das bedeutet zwar einen Mehraufwand für die schulinterne Verwaltung, bringt aber den Vorteil, dass vor Ort in den Schulen entschieden werden kann, wo das Geld am dringendsten gebraucht wird."

Das heißt: Das Innovations-, das Reformvorhaben, das die Schule im Grunde genommen vom Kopf auf die Füße stellt, wird vor Ort angenommen. Es wird Früchte tragen, und das ist der richtige Weg, den wir hier eingeleitet haben. Diesen Weg werden wir fortführen, und wir haben in den letzten anderthalb Jahren der neu gegründeten Regierung wichtige Weichenstellungen und Reformvorhaben voran gebracht. Wir haben eine gute und stabile Zusammenarbeit - so denke ich - etabliert.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Denken Sie! Sicher sind Sie sich nicht!)

Wir wissen nicht nur durch PISA, dass wir lange noch nicht fertig sind. Darüber werden wir uns gerne mit Ihnen auseinander setzen. Bitte kommen Sie mir aber nicht nur pauschal mit schwarz oder weiß oder der Suche nach einem Sündenbock.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Nicht schwarz oder weiß! Der Sündenbock ist grün!)

So werden wir die massiven Probleme, die im Bildungssystem des 21. Jahrhunderts bestehen und durch Änderungen gelöst werden müssen, nicht bewältigen. Auf diese Art und Weise gibt es keinen konstruktiven Dialog. Ich meine, Sie täten gut daran, sich daran zu beteiligen, statt in alte Muster zurückzufallen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Behler.

**Gabriele Behler,** Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erfolg von Schule, Qualität von Schule haben in der Tat mit einer ganzen Reihe von Faktoren zu tun.

Mindestens das bezweifelt auch niemand. Wenn man die einzelnen Faktoren verbessert, wirkt sich das nicht immer unmittelbar, aber doch mittelbar auch auf den Erfolg und damit die Qualität von Schule aus. Das gilt wohl auch für bildungspolitische Debatten. Mindestens eine Chance hätte nach PISA darin gelegen, bildungspolitische Debatten auf einem anderen Niveau, in einer anderen Tonlage, mit einer anderen Zielrichtung zu führen, um im Ergebnis dann zu Verbesserungen zu kommen.

Da muss ich sagen: Leider, Herr Recker, haben Sie die erste Chance heute im Hinblick auf dieses Ziel vertan.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Da ist der Band mit der PISA-Untersuchung noch nicht einmal veröffentlicht, aber Sie wissen schon, was Sie dazu zu sagen haben, wo die Ursachen liegen und welche Meinung Sie dazu zu

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) vertreten haben. Vor allen Dingen hat das aus Ihrer Sicht eine Funktion: Sie bestätigen sich selbst. Sie haben eben schon immer Recht gehabt. - So kommen wir nicht weiter.

(Zurufe von der CDU - Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Das ist aber billig!)

- Ja, warten Sie erst einmal ab.

Zweitens. Genauso verhalten Sie sich auch im Kleinen. Heute - so konnten wir es erleben - ging es um ein Interview von mir. Das Interview ist zwar noch gar nicht erschienen, aber Sie wissen schon, wie Sie es zu beurteilen haben.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Die dpa-Meldung!)

- Ja, ich kenne auch die dpa-Meldung.

Ich möchte einmal zwischen diesem Interview und PISA eine Verbindung herstellen: PISA untersucht die Lesekompetenz. PISA untersucht nicht die Alphabetisierung, also das schlichte Ablesen, sondern PISA untersucht sinnentnehmendes und sinnverstehendes Lesen.

Sie, Herr Recker, haben eine Aussage von mir zitiert. Ich habe in dem Interview dem Sinn nach gesagt: Schule ist resistent gegenüber verordneten Reformen. - Hätten Sie das doch einmal wahrgenommen. Dann hätten Sie mir doch nicht den Vorwurf machen können, ich würde den schwarzen Peter auf die Lehrer abschieben!

(B) Ich sage doch genau: Lehrer müssen mitgenommen werden. Es geht nicht um Verordnungen von oben, sondern es geht um das Entwickeln von Freiräumen. Damit haben Sie aber in den letzten Jahren schon immer besondere Probleme gehabt, und so verdrehen Sie den Sinn einer Aussage in ihr Gegenteil, um daraus eine nicht fundierte Kritik ableiten zu können, weil Sie sich und anderen einreden wollen, Sie hätten immer schon Recht gehabt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das ist ein Mechanismus, der uns in der Bildungspolitik vor die Wand laufen lässt, Herr Recker, nämlich wenn wir in dieser Weise weiterhin Diskussionen führen. Ich appelliere sehr herzlich an Sie: Drehen Sie diesen Diskussionsstil doch einmal um.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ausgerechnet wir! Belzebub! - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Vor allen Dingen "Belzebub"! Eher "Belzebubin"!)

- Wie gut, dass es heute in diesem Zusammenhang nicht um Geschlechtsumwandlungen geht.

(Heiterkeit)

Nun komme ich zu Herrn Witzel. Erlauben Sie mir eine Bemerkung, Herr Witzel: Sie sind immer dann gegen Statistiken, wenn Sie deren Aussage für die eigene Argumentation nicht gebrauchen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch das haben Sie heute wieder gezeigt. Sie werfen der Landesregierung, mir sowie den Koalitionsfraktionen vor, dass sie sich auf bestimmte Statistiken bezögen. Sie tun es zwar anschließend auch, aber die von Ihnen ausgewählten Statistiken passen Ihnen dann ins Konzept und sind Ihrer Meinung nach richtig. Diejenigen Statistiken, die andere zur argumentativen Unterstützung vorbringen, dürfe man Ihrer Meinung nach nicht verwenden, und dann sei es sozusagen unlauter, auf sie zu verweisen.

Noch einmal zum Stichwort "alte Lehrer". Das Durchschnittsalter der Lehrer liegt bei uns bei 46,9 Jahren. Auch ich bin - das habe ich wiederholt gesagt - für eine gute Durchmischung innerhalb von Lehrerkollegien. Das Durchschnittsalter als solches aber herauszupicken und damit schleichend oder offen all denen, die genau so alt oder älter sind zu unterstellen, sie seien nicht entwicklungsfähig, sie brächten keine Innovationen oder sie seien nicht in der Lage, sich auf Neues einzustellen, geht absolut an der Sache vorbei.

(Beifall bei der SPD - Bernhard Recker [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

Nehmen Sie einmal Folgendes zur Kenntnis: Durchschnittlich werden in den Länderhaushalten in der Bundesrepublik Deutschland 19,5 % der Ausgaben für den Bereich Schule verwandt. In Nordrhein-Westfalen sind das 23,5 %.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Schlechte Ausrede!)

Da hatte ja ein Vertreter der CDU-Fraktion mit seiner gedanklichen Leistung bei der Rechenoperation seine Schwierigkeiten, und daher will ich es noch einmal deutlich sagen: 23,5 % sind nicht nur absolut mehr, sondern wir liegen damit auch relativ gesehen weit über dem Länderdurchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland.

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Meinen Sie nicht, es täte trotz allem, was uns trennt, der bildungspolitischen Debatte gut, wenn Sie solchen Fakten zustimmen könnten und diese als eine beträchtliche Leistung anerkennen würden? Ihnen passt vielleicht dieses oder jenes nicht. Sie wollen in eine andere Richtung. Sie könnten aber zunächst auch akzeptieren, dass es hier eine gewaltige Anstrengung gibt. Meinen Sie, da täten Sie sich selbst oder anderen einen Tort an? Meinen Sie nicht, dass das der Debatte insgesamt nutzen könnte?

Sie sprechen hier über die Motivation von Lehrerinnen und Lehrern und über deren Sorge oder deren Angst davor, die Vorgriffsstunden nicht tatsächlich wie zugesagt und den Lehrerinnen und Lehrern auch schriftlich gegeben, zu bekommen. Meinen Sie nicht, dass es einer Oppositionsfraktion gut anstünde, das wenigstens in der Form aufzugreifen, dass sie sagt: Wir setzen uns positiv dafür ein? Statt dessen führen Sie nur immer wieder denselben unterschweligen Verdachtston in die Debatten ein.

Sie wissen ganz genau, dass die Lehrerinnen und Lehrer darauf einen Anspruch haben und dass sie sie tatsächlich bekommen sollen.

- (B) Ich glaube, es täte dem Klima insgesamt gut, wenn Sie als FDP-Fraktion sagten: Auch wir werden uns dafür einsetzen, aber wir haben Zweifel daran und werden alles dafür tun, dass das so kommt und dass damit auch die Sicherheit geschaffen wird, die Grundlage für weitere Entwicklung ist. Ich fände das hilfreich.

Wenn Sie beim Thema "Ganztag" ernsthaft und seriös zugäben, dass Sie z. B. am 7. März dieses Jahres der Erhöhung der Mittel für Betreuung an Grund- und Sonderschulen und für Schule von 8 bis 1 und für außerunterrichtliche Förderangebote im Ausschuss - nach meiner Erinnerung ohne weitere Begründung - nicht zugestimmt haben, obwohl an der Stelle die CDU zugestimmt hat, müssten Sie erläutern, wie sich das mit Ihren sonstigen vollmundigen Forderungen nach Ausbau von Ganztagsangeboten verträgt. Widerspruchsfreies Handeln ist gefragt.

Die Landesregierung hält Wort. Wir haben gesagt: Bildung hat Vorrang. Der Haushalt, der eingebracht worden ist, bestätigt das. Wir sind stolz darauf, dass bei der bekannten Haushaltslage, bei den Schwierigkeiten der öffentlichen Hand auf allen Ebenen, in einer Zeit, in der der Gesamtetat

stagniert, der Schulhaushalt um 3,6 % wächst. Das ist in der Tat eine beachtliche Steigerungsrate. Priorität für Bildung haben wir seit 1995 nachweislich in jedem Haushalt vorgesehen. Die Handschrift war und ist eindeutig. Dafür ist viel Verständnis und Solidarität auch in anderen Politikbereichen erforderlich. Ich jedenfalls möchte an dieser Stelle sagen, dass ich mich auch für das Verständnis bedanke, das in anderen Politikbereichen für den Vorrang für Bildung aufgebracht worden ist und weiter aufgebracht wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Über den Stufenplan haben andere hier schon gesprochen. Ich will das im Einzelnen nicht weiter ausführen. Über Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs und Motivation nicht nur zu reden, sondern materiell 1.830 Stellen auf A 13 anzuheben, das ist eine gewaltige Kraftanstrengung. Das klingt bei A 12 und A 13 nicht so gut. Aber materiell hat es eine ganze Menge mit dem Alltags-handeln und mit der Wertschätzung in Schule zu tun. Ich meine, auch das sollten Sie positiv würdigen. Das gehört zur Redlichkeit in einer Debatte.

Selbstständige Schule ist die wichtigste Voraussetzung für weitere Entwicklung. Sie bietet die Chance, Verharren in Gräben zu überwinden, Bunkermentalitäten aufzubrechen, sich gemeinsam Ziele zu setzen und diese Ziele Schritt für Schritt zu erreichen. Dafür auch im Haushalt finanzielle Voraussetzungen zu schaffen, war mir wichtig und ist mir wichtig. Das ist einer Weise im Haushalt umgesetzt, dass in der Tat Verhaltensspielräume an den Schulen erheblich vergrößert werden. Wir haben großzügige Ansätze auch bei der Budgetierung und bei der Valutierung von Stellen. Das wird in den Schulen zu erheblichen Vorzügen führen, und zwar einfach, weil mehr Flexibilität in der Mittelverwendung da ist und weil man in der Tat die Möglichkeit hat, eigene Ziele zu definieren, sie anzugehen und umzusetzen. Das ist ein effektiverer Weg zur Motivationsförderung als manche fehlgeleitete Debatte, die wir leider an diesem Ort führen.

Ich bin Optimistin. Deshalb glaube und hoffe ich immer noch, dass es uns gerade im Gefolge von PISA gelingen könnte, in der Bundesrepublik zu sachbezogeneren Diskussionen zu kommen. Dem Bildungssystem insgesamt täte das nur gut.

Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich setze darauf, dass Sie sich auf Dauer dieser Ver-

(C)

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) antwortung nicht entziehen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Zum Teilbereich "Schule" liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zum Teilbereich

#### b) Wissenschaft und Forschung

Für die CDU-Fraktion hat zunächst Herr Kuhmichel das Wort.

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum siebten Male habe ich heute das zweifelhafte Vergnügen, für die CDU-Fraktion zum maroden Haushalt für Wissenschaft und Forschung in NRW zu sprechen.

(Edgar Moron [SPD]: Was ist denn daran zweifelhaft?)

(B) Auch dieses Mal ist die Situation gekennzeichnet von den Selbstbeweihräucherungen der zuständigen Ministerin Behler ob der Güte ihres Haushalts. Wir haben es gerade wieder gehört. Sie verkennt völlig die massive Kritik am erheblich unterfinanzierten Hochschulwesen und den immensen Reformstau in unserem Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen wir doch in der Kürze der Zeit nur wenige Fakten sprechen. Erstens. "An der Folkwang Hochschule regnet es herein", wie es in der Essener Tagespresse vom 30.11.2001 heißt. Das war vor wenigen Tagen. Weiter heißt es:

"Aula des renommierten Hauses gesperrt, 30 Millionen DM Reparaturstau, Land in der Pflicht."

In der Tat gehört dem Land die Liegenschaft.

"Der Eliteschmiede für junge Musiker, Tänzer und Schauspieler droht buchstäblich das Dach über dem Kopf einzustürzen. Von der denkmalgeschützten Barockfassade der ehemaligen Werdener Abtei platzt der Putz gleich päckchenweise ab. Die Fenster sind undicht. In

(C) Übezellen mit teuren Steinway-Flügeln regnet es herein. Der Kanzler spricht offen von Flickschusterei und Verschwendung von Steuergeldern und hofft auf eine Zusage des Landes. Ministerpräsident Clement"

- so heißt es in der Zeitung -

"stehe persönlich bei der Folkwang-Hochschule im Wort. Durch die Sperrung der alten Aula stehen 70 Semesterveranstaltungen zur Disposition."

Vonseiten des Landes als Eigentümer fehlt bis heute jede Stellungnahme zu diesem Desaster. Dabei ist die Folkwang-Hochschule doch nur ein kleines Beispiel für einen gigantischen Sanierungsstau von über 5 Milliarden DM an den NRW-Hochschulen. CDU-Anträge zum Einstieg in ein eigenverantwortliches Landesprogramm zum Abbau des Sanierungsstaus werden von Rot-Grün zum wiederholten Mal kommentarlos abgelehnt. Dies nenne ich Spaß am Untergang.

Ein weiterer Punkt! Clement, unser Ministerpräsident, begibt sich vor wenigen Wochen auf eine Bildungsreise in das führende europäische Wissenschaftsland Schweden. Dort wird ihm pausenlos vorgeführt, wie abgeschlagen die Region Rhein/Ruhr bei Zukunftstechnologien ist.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- Ich habe mich im Detail informieren lassen, Herr Clement, es war so, und die Journaille hat es ja auch mitbekommen.

(D) Unter dem Lachen der mitgereisten NRW-Journalisten bezeichneten die Schweden Bayern als Kooperationspartner Nr. 1 in Sachen Biotechnologie und zeigen NRW die kalte Schulter. Am Beispiel Schweden haben Sie, Herr Ministerpräsident, hautnah erlebt, was wissenschaftliche Kompetenz, gepaart mit Unternehmertum als Modell für die Zukunft ist. Sie haben selbst das Kirchturmdenken im eigenen Land beklagt. Im "Focus" werden Sie zitiert - Sie wissen das -: "Ich hole die Universitäten zusammen, die kloppe ich zusammen" - ein strammer Clement; so kennt man Sie -, "und dann passt das". So haben Sie Ihre eigene Fachministerin in den Regen gestellt und die Kompetenz des Staatssekretärs Krebs hervorgehoben, der aber, wie Sie alle wissen, auch nur viel redet, so der Tag lang ist.

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) Ich ziehe also das Fazit: Die Schweden-Happen haben Ihnen, Herr Ministerpräsident, überhaupt nicht geschmeckt. Daran kauen Sie heute noch herum.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Ich bin gleich bei den Schweden! Heute Abend!)

Nächster Punkt! Unsere Fachhochschulen melden sich besorgt zu Wort, weil sie Tendenzen der nordrhein-westfälischen Hochschulpolitik beobachten, die Entwicklung der Fachhochschulen des Landes nicht mehr hinreichend zu unterstützen und im Rahmen des so genannten Qualitätspaktes sogar überproportional zurückzunehmen. Die Fachhochschulen beklagen, dass in unserem Lande bei ihnen in wichtigen Bereichen weniger gefördert und ausgebaut wurde als in allen anderen Bundesländern. Der Expertenrat stellt schlicht fest:

"Das Land ist dem hochschulpolitischen Ziel, den Ausbildungsanteil der Fachhochschulen deutlich zu erhöhen, in den 90er-Jahren nicht näher gekommen."

- (B) Staatssekretär Catenhusen - SPD, wie jeder weiß - aus dem Bundesbildungsministerium stellt beim Besuch der Fachhochschule Münster lapidar fest, dass im Rahmen des so genannten Qualitätspaktes die in ihrer Arbeit als gut bewerteten Fachhochschulen benachteiligt, wenn nicht sogar bestraft werden und sagt seine Unterstützung zu. Ein wirklich tolles Kompliment aus dem eigenen Lager!

Weiter! Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Landfried, beklagt in einem Brief an Sie, Herr Ministerpräsident, den Beschluss der Innenministerkonferenz vom 26. Oktober 2001 zur laufbahnrechtlichen Einordnung von Bachelor- und Master-Abschlüssen. Der Beschluss sieht vor, an Universitäten erreichte Master-Abschlüsse zwar für den Vorbereitungsdienst zum höheren Dienst, an Fachhochschulen erreichte Master-Abschlüsse aber ausschließlich dem gehobenen Dienst zuzuordnen. Zu Recht drängt die KMK auf eine Korrektur dieser nicht haltbaren Position der Innenminister. Hier steht Behrens gegen Behler. Denn würde der Beschluss in geltendes Recht umgesetzt, wäre nicht nur die Weiterentwicklung unserer Hochschulen im Rahmen des europäischen Hochschulraumes gefährdet, sondern auch die Hochschulpolitik in unserem Land der Lächerlich-

keit preisgegeben. Wir werden Freitag darüber diskutieren. (C)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Clement?

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Aber selbstverständlich, bitte schön.

**Wolfgang Clement (SPD)** (zunächst vergeblich versuchend, sein Mikrofon einzuschalten): Es tut sich nichts.

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Ja, wie immer in diesem Land!

(Heiterkeit bei der CDU)

**Wolfgang Clement (SPD):** Herr Kollege - mit Verzögerung, aber immerhin -, Sie haben gesagt, dass mir Schweden nicht schmecke, Herr Kuhmichel. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich heute Abend bei der Deutsch-Schwedischen Handelskammer zum Schwedenpunsch eingeladen bin, um die Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und Schweden zu feiern. (D)

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Das nehme ich gerne zur Kenntnis. Es gibt ein Zeichen dafür, dass noch etwas nachzubessern ist. Sie können heute Abend lernen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die LRK NRW und die Kanzlerrunde der Universitäten treten in einem Brandbrief an die Abgeordneten Ihres Landtages heran, um zu schildern, welche katastrophale Entwicklung das Verhältnis der Hochschulen zu dem neu errichteten Bau- und Liegenschaftsbetrieb, BLB genannt, in diesem Jahr genommen hat. Sie erinnern daran, dass alle Sachverständigen sich ausnahmslos gegen die Einbeziehung der Hochschulliegenschaften in ein zentrales Liegenschaftsmanagement ausgesprochen hatten. Sie bezeichnen die Überstülpung des zentralen BLB

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) als eine Abkehr von den Bestrebungen, die Autonomie der Hochschulen zu erweitern, während man in anderen Bundesländern versucht, das Ziel der Flächenoptimierung mittels Dezentralisierung zu erreichen. Sie beklagen, dass die dem BLB-Gesetz nachgeschobene Landtagsentschließung mit dem Ziel, untergeordnet den Besonderheiten der Hochschulen Rechnung zu tragen, in der Praxis keine Wirkung entfaltet. Abschließend stellen Kanzler und Rektoren fest, dass ein dezentrales Liegenschaftsmanagement für den Hochschulbereich eine unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen sei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Alle Abgeordneten, wir alle, auch Sie, Herr Ministerpräsident, werden dringlich gebeten, nach geeigneten politischen Lösungen zu suchen.

Nach dem von der CDU-Fraktion am 8. März dieses Jahres durchgesetzten Beschluss im Wissenschaftsausschuss wissen die Betroffenen sehr genau, dass sie bei uns offene Türen einrennen. Sie wissen allerdings auch, dass sie es bei Rot-Grün mit einer Wissenschaftsministerin und Wissenschaftspolitikern zu tun haben, die sich weder gegen den Finanzminister noch gegen den Bauminister durchsetzen konnten. Die rot-grüne Wissenschaftsabteilung ist in diesem Landtag einfach zu schwach.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Für heute wegen der kurzen Redezeit ein letzter Punkt! Bei den Haushaltsberatungen hat die CDU-Fraktion zum wiederholten Mal die Einrichtung eines Lehrstuhls für islamische Religionspädagogik gefordert. Dieser Lehrstuhl sollte der Einführung des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache als reguläres Unterrichtsfach zur Förderung der Integration dienen.

(Zuruf von der SPD: Feigenblatt!)

In diesen unseren Tagen ist das mit Blick auf die Weltsituation ein wahrlich dringliches und eigentlich unabweisbares Anliegen. Hier fällt es besonders schwer, die rot-grüne Ablehnung dieser wichtigen Initiative zu begreifen, geschweige denn zu akzeptieren.

Zusammengefasst besteht wirklich kein Grund zum rot-grünen Schulterklopfen angesichts der

real existierenden Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen - das auch an Sie gerichtet, Herr Ministerpräsident Clement. Übrigens: "Prost" heute Abend oder "Skol", wie die Schweden sagen. Es besteht eher Anlass zur Besinnung und Umkehr. Die Hoffnung stirbt, wie man weiß, zuletzt. - Schönen Dank.

(C)

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Kuhmichel. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Kessel das Wort.

**Dietrich Kessel (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zweifelsohne ist die wichtigste Feststellung zum Wissenschaftshaushalt des nächsten Jahres, dass die Vereinbarungen, die die Hochschulen im Rahmen des Qualitätspaktes mit der Landesregierung getroffen haben, sie nun vor Beiträgen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes schützen. Das wird im Übrigen nach meinen Gesprächen in den Hochschulen ebenso gesehen und ausdrücklich begrüßt.

Ich erinnere noch einmal daran, was mit den Hochschulen vereinbart worden ist. Bis zum Haushaltsjahr 2005 haben sie Planungssicherheit: Sie werden nicht zur Erwirtschaftung von globalen Minderausgaben herangezogen. Von Stellenbesetzungssperren sind sie freigestellt. Für die Ausstattung und den Aufbau vorhandener und neuer Lehr- und Forschungsschwerpunkte stehen ihnen Mittel aus einem kontinuierlich anwachsenden Innovationsfonds zur Verfügung. Auch gilt weiterhin die Zusage, dass die Ressourcen, die als Folge der Umsetzung der Empfehlungen des Expertenrates frei werden, in den Hochschulen belassen werden. Diese können sie für den Aufbau neuer Lehr- und Forschungsschwerpunkte nutzen.

(D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Koalitionsfraktionen schlagen dem Landtag vor, für die Offensive Zukunftsorientierte Spitzenforschung zusätzlich 1 Million Euro in den Haushalt einzustellen. Diese Mittel sollen zum Aufbau des Kompetenznetzwerks Stammzellenforschung genutzt werden. Dieses Netzwerk ist von Ministerin Behler anlässlich einer Veranstaltung zu den Perspektiven der Stammzellenforschung Ende August vorgeschlagen worden. Die SPD-Fraktion begrüßt diesen Vorschlag ausdrücklich.



(Dietrich Kessel [SPD])

(A) Dieses Netzwerk wird Plattform für die interdisziplinäre Diskussion über die Fragestellungen der Stammzellenforschung sein. Es ist die richtige Antwort auf den großen Bedarf an weiter führenden Diskussionen über die teilweise außerordentlich brisanten Fragen der Stammzellenforschung. Ich erhoffe mir von den Aktivitäten dieses Netzwerks auch, dass sie zu einer Versachlichung der Diskussion und zu einer Intensivierung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über die Fragen der Stammzellenforschung beitragen werden.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln soll u. a. eine zentrale Koordinationsstelle finanziert werden, zu deren Aufgaben die Organisation von Arbeitstreffen und Symposien auch in der Folge der Veranstaltung von Ende August gehören soll. Diese Koordinationsstelle wird auch Aufgaben bei der Vorbereitung und Formulierung interdisziplinärer Anträge übernehmen können, die auf jene Mittel gerichtet sind, die für einschlägige Forschungsschwerpunkte des 6. Rahmenprogramms der Europäischen Union zur Verfügung stehen.

(B) Die Finanzierung einzelner Forschungsprojekte ist mit den jetzt beantragten Mitteln weder beabsichtigt noch - der Höhe des Mittelansatzes würde dies auch nicht entsprechen - denkbar. Mit dem Aufbau dieses Netzwerks sollte sobald wie möglich begonnen werden.

Wir schlagen dem Landtag weiterhin vor, den Ansatz für das Programm Studienreform 2000 Plus um 500.000 Euro zu erhöhen. Diese Mittel sollen für die Aufstockung der von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Anschubfinanzierung von Juniorprofessuren verwendet werden. Für die Hochschulen soll so ein zusätzlicher Anreiz zur Einrichtung dieser Professuren geschaffen werden. Mit diesen Professuren wird erreicht, dass junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits mit Anfang 30 und nicht erst - wie es jetzt Praxis ist - nach abgeschlossener Habilitation mit Anfang 40 selbstständig lehren und forschen können. Dies dient auch der Förderung der Innovationsfähigkeit unserer Hochschulen.

Mit einer Reihe von Anträgen beabsichtigen die Koalitionsfraktionen, die Förderung von Frauen in den Hochschulen auf eine völlig neue Basis zu stellen. Durch die Vorgabe, dass bei der Durchführung einiger wissenschaftspolitischer Program-

(C) me jeweils ein Teil der für diese Programme vorgesehenen Mittel mit der Förderung von Frauen zu verbinden ist, wird die Frauenförderung unmittelbar in die Programme integriert. Dieser Ansatz ist eine sinnvolle Ergänzung der Frauenförderung, wie wir sie bisher auf der Grundlage separater Mittelansätze praktiziert haben.

Auch bei den Beratungen über den Wissenschaftshaushalt 2002 hat die individuelle Graduiertenförderung wieder eine Rolle gespielt. CDU und FDP haben auf dieses Förderprogramm bezogene Anträge gestellt.

Ich betone ausdrücklich, dass die SPD-Fraktion der individuellen Graduiertenförderung einen hohen Stellenwert beimisst. Insbesondere in den Geisteswissenschaften und den so genannten kleinen Fächern ist sie ein unverzichtbarer Bestandteil der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Aus der Aufhebung des Graduiertenförderungsgesetzes den Schluss zu ziehen, damit werde der Graduiertenförderung der Boden entzogen, ist schlichtweg unsinnig. Richtig ist, dass für die Graduiertenförderung 2002 mehr Mittel zur Verfügung stehen als im laufenden Haushaltsjahr. Gut die Hälfte dieser Mittel wird den Hochschulen erstmals über die Ausgaben für Lehre und Forschung zugewiesen. 2003, also im übernächsten Jahr, wenn die bisherige Förderung nach dem Graduiertenförderungsgesetz beendet sein wird, werden diese Mittel noch einmal entsprechend aufzustocken sein.

(D) Ich gehe, liebe Kolleginnen und Kollegen, davon aus, dass die Hochschulen die mit dieser Systemumstellung verbundene Chance nutzen und die individuelle Graduiertenförderung zu einem Schwerpunkt im Rahmen ihrer Initiativen zur Profilbildung machen. Meine Fraktion wird sehr genau beobachten, auf welche Weise die Hochschulen mit den in ihre Verantwortung übertragenen Möglichkeiten der individuellen Graduiertenförderung umgehen. Sollten sie dieses Mehr an Gestaltungsmöglichkeiten dazu verwenden, die Graduiertenförderung herunterzufahren, wird dies sicher nicht ohne Gegenreaktion des Haushaltsgesetzgebers bleiben.

Mir fehlt die Zeit, auf alle von den Oppositionsfraktionen vorgelegten Anträge zum Wissenschaftshaushalt einzugehen; aber zu einem Thema muss man doch ein paar Anmerkungen ma-

(Dietrich Kessel [SPD])

(A) chen: Sowohl die CDU wie auch die FDP beantragen die Streichung der Mittel für die ZVS,

(Beifall bei der FDP)

wobei die FDP diese Mittel, die alle Länder gemeinsam aufbringen, im gleichen Atemzug alleine den NRW-Hochschulen zugute kommen lassen will.

(Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Den NRW-Anteil!)

- In Ihrem Antrag steht das anders. Lesen Sie das noch einmal nach.

Ihre während der letzten Monate zu beobachtende Art und Weise, mit dem Thema ZVS umzugehen, zielte nur auf eines: Abschaffung der ZVS um jeden Preis. Das war Ihr Ziel.

(Beifall bei der FDP - Dr. Stefan Grüll [FDP]: Gut aufgepasst!)

Wie sonst ließe es sich erklären, dass Sie ohne Rücksicht auf geltende Staatsverträge und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mit Ihren Anträgen die ZVS zum 1. Januar 2002 - also in gut zwei Wochen - vom Erdboden verschwinden lassen wollen? Sie wissen doch, dass es für Staatsverträge Kündigungsfristen gibt und die Abschaffung der ZVS auch deshalb schon keinen Sinn macht, weil es derzeit keine anderen, geschweige denn besseren Verfahren der Studienplatzvergabe gibt, die sowohl rechtsstaatlichen Prinzipien genügen als auch die Chancengleichheit der Bewerberinnen und Bewerber um einen Studienplatz sichern.

Ihre Anträge machen überdeutlich, wohin ideologische Verblendung führen kann: zu offensichtlich unsinnigen Anträgen.

(Manfred Palmén [CDU]: Ausgerechnet!)

In der Begründung Ihrer Anträge zur Schließung der ZVS in gut zwei Wochen verbreiten Sie wieder einmal die Behauptung, dass die Auswahl der Studierenden für die Hochschulen eine Möglichkeit der Profilbildung sei. Von diesem Irrglauben sollten Sie sich endlich verabschieden. Eine Hochschule hat nicht schon deshalb Profil, weil sie ihre Studenten selbst auswählt; eine Hochschule gewinnt nur Profil, wenn sie die hierzu wirklich geeigneten Möglichkeiten nutzt. Dazu gehören: die

Verbesserung der Studierbarkeit der Studiengänge, engagierte und hochschuldidaktisch versierte Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und ein innovatives Forschungsprogramm.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, Sie sollten endlich begreifen, dass sich ein Student, bevor er sich einschreibt, infrage kommende Hochschulen anschaut und seine Wahl nach Gesichtspunkten trifft, die vor allem etwas mit den Qualitäten des Faches und den Programmen des Faches seiner Wahl zu tun haben, nicht aber mit dem Umstand, dass eine Hochschule ihre Studierenden selbst auswählen kann oder nicht.

(Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es!)

Meine letzte Anmerkung: Erstmals werden mit diesem Haushalt Mietbudgets für die Hochschulen festgeschrieben. Ich vermute, dass nicht nur für mich das Zustandekommen der für die Mietbudgetansätze vorgeschlagenen Beträge nicht nachvollziehbar ist.

(Beifall bei der FDP - Dr. Friedrich Wilke [FDP] und Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Bravo! Sehr schön!)

Diese Mietbudgets führen zu sehr unterschiedlichen Mieten je Quadratmeter Hauptnutzfläche. Sie reichen - je nach Hochschulstandort - von ca. 6 bis fast 27 DM je Quadratmeter und Monat. Das alles wäre halb so schlimm, wenn diese Mietansätze nicht in Zukunft Grundlage für all das wären, was sich in den Hochschulen in Sachen Bauen und Bauunterhaltung tun wird. Es wäre völlig sachfremd und deshalb auch nicht hinzunehmen, wenn es von der Höhe der zu erzielenden Mieten abhinge, in welchem Umfang sich der Bau- und Liegenschaftsbetrieb in Sachen Bauen und Bauunterhaltung für die Belange eines Hochschulstandortes engagiert. Kolleginnen und Kollegen, hier muss umfassend nachgearbeitet werden.

(Beifall von Dr. Friedrich Wilke [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, dem Wissenschaftshaushalt für das kommende Jahr in der vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Fassung zuzustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Kessel. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Joachim Schultz-Tornau das Wort.

**Joachim Schultz-Tornau (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manchmal hat man den Eindruck, als ob sich gewisse Aspekte der Landespolitik nur noch unter Alkohol aushalten ließen. Deshalb ist auch der Herr Ministerpräsident so zu beneiden, dass er sich heute Abend zum Schwedenpunsch einladen lassen konnte. Ich ziehe manchmal die Feuerzangenbowle vor mit diesem berühmten Satz: "Da stellen wir uns mal ganz dumm ..." Dann können wir vielleicht unbefangener aus dieser Bunkermentalität, die Sie, Frau Ministerin, eben selber beschrieben haben, herauskommen, statt gezwungen zu sein, alles, was nicht in Ordnung ist, dennoch reflexhaft zu verteidigen, wo es im Prinzip nichts zu verteidigen gibt, weil die Fakten einfach überdeutlich sind.

(Beifall bei der FDP und von Manfred Palmen [CDU])

(B) Würden wir so verfahren, dann könnten wir gemeinsam anerkennen und uns gemeinsam darüber freuen, dass Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschullandschaft Europas hat. Darauf können wir gemeinsam stolz sein. Anfang der 70er-Jahre ist sie in sozial-liberaler Zeit ausgebaut worden. Genauso könnten wir dann aber auch anerkennen, dass die Betreuungsrelationen miserabel sind, dass wir in unserem Land miserable bauliche Situationen zu beklagen haben und die Geräteausstattung teilweise zum Himmel schreit. Und das, was dort fehlt, wird - wenn das Dach wie bei der Folkwang-Hochschule undicht ist - noch nicht einmal gedämpft, sondern voll in den Himmel geschrien.

(Beifall bei der FDP)

Das wäre die Kehrseite der Medaille, die wir auch betrachten müssen. Ohne dass man mit dem Finger auf den anderen zeigt, könnten wir dann den Anträgen der FDP zustimmen, die sich auf den Schul- und Hochschulbereich konzentrieren und eine massiv deutlichere Mehrausstattung für das Hochschulpersonal und in der Bauunterhaltung bzw. der Geräteausstattung unserer Hochschulen einsetzen. Damit würden wir einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, aus der Misere herauszukom-

men, die uns auch die Hochschulrektorenkonferenz bestätigt. Sie wissen, dass es von der Seite auch Äußerungen gibt, dass wir bei der Einwerbung neuer Professuren in unser Land kaum noch konkurrenzfähig sind.

Damit wären wir wieder bei PISA. Die Debatte für den Schulbereich werden wir am Freitag führen, eine von vielen, die - so hoffe ich - irgendwann auch einmal zu Konsequenzen führen wird. Wir dürfen aber doch nicht so blauäugig sein zu glauben, dass sich die Defizite, die uns nicht nur in Nordrhein-Westfalen - warten wir einmal den Frühsommer ab -, sondern in Deutschland insgesamt bescheinigt werden, nicht auch bei denen wiederfinden, die - nachdem sie vorher bei uns in Nordrhein-Westfalen die Schule besucht haben - an unsere Hochschulen gehen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ja nicht so eine Art Transsubstantionslehre, dass sie dann besser wären und in der Lage sind, nachher als Studenten zu funktionieren und die Aufgaben, die sie dort haben, zu erfüllen, sobald sie nur die Hochschule betreten haben.

Das zeigt eben auch wieder, wie wichtig es ist, dass wir mehr für die Lehre tun, weil wir Defizite ausgleichen müssen, und dass, auch wenn wir im Schulbereich in den kommenden Jahren mehr tun, das erst mittelfristig greift, wenn man ganz optimistisch ist und die jungen Menschen und die Länder und ihre Kultusministerinnen und Kultusminister insgesamt für lernfähig hält. Über viele Jahre werden wir ein Ausgleichsprogramm fahren müssen.

Unter den heutigen Bedingungen ist auch die erschreckend hohe Abbrecherquote, mit der wir es zu tun haben, nicht erstaunlich. Deswegen brauchen wir eine vernünftige Lehrende-zu-Lernenden-Relation an unseren Hochschulen. Wir brauchen gut ausgebaute Tutorenprogramme, damit die jungen Leute nicht gleich in der Anfangsphase oder in der kommenden Zeit zum Scheitern verurteilt sind.

Deswegen - das sind unsere beiden Kernanträge, die wir gestellt haben -: massive Aufstockung des Personalbestandes und deutliche Aufstockung im Bereich der baulichen und der gerätemäßigen Ausstattung und Unterhaltung unserer Hochschulen!

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(Joachim Schultz-Tornau [FDP])

- (A) Zur Graduiertenförderung: Ich habe da manches gerne gehört, Herr Kessel, und freue mich, dass Sie sich auch für die individuelle Graduiertenförderung in den kommenden Jahren einsetzen werden. Ich hoffe, dass das tatsächlich so bleibt. Am überzeugendsten wäre es natürlich, wenn Sie unserem Antrag auf Aufstockung der individuellen Graduiertenförderung heute auch zustimmen würden.

(Beifall bei der FDP)

Eine leise Hoffnung habe ich nach Ihrem Beitrag, dass das als Überraschungseffekt und als Effekt der Freude für uns in der Opposition gleich so kommen wird.

Das Groteske ist ja, dass überall, weil die Grünen es so wünschen, ritualisierte "Anträge" zur Frauenförderung gestellt werden, wobei durch diese Aufspaltung der Mittel auf Männer und quотиerte Frauen am Ende keiner einzigen Frau mehr geholfen wird. Aber: Sie müssen einmal nachlesen, was die Bochumer zu der individuellen Graduiertenförderung geschrieben haben. Wenn die so zurückgeführt wird, wie es bisher im Lande geplant ist, dass das immer stärker auf die Graduiertenkollegs abgeschoben und bei den anderen deutlich zurückgefahren werden soll, dann muss man festhalten: Die Betroffenen sind, weil es vor allem um die Geistes- und Kulturwissenschaften geht, groteskerweise vor allen Dingen Frauen. Da könnten Sie etwas tun - jenseits der Rituale, Frauen nach Quoten zu fördern -, indem Sie darauf achten, dass die individuelle Graduiertenförderung ihren Stellenwert neben der Förderung von Graduiertenkollegs auch wirklich behält.

(B)

Also, Herr Kessel: nicht nur den Mund spitzen, sondern das auch durchsetzen!

(Dietrich Kessel [SPD]: Haben wir doch!)

Noch grotesker ist - da kann man nur verbiestert und verbittert werden oder sich mit Alkohol trösten - das Thema BLB, wozu alle, die sich im Wissenschaftsbereich tummeln, der Meinung sind, dass das unvernünftig ist, wie das heute geregelt wird, und nicht mit ernst genommener Hochschulautonomie vereinbar ist. Da kann keine Rede von Anfangsschwierigkeiten sein. Wo ich an die Hochschulen auch hinkomme - das geht jedem von Ihnen so; ich zitiere gleich einmal etwas -, heißt es: Es ist verheerend, wie das derzeit läuft!

Es funktioniert nicht hinten, und es funktioniert nicht vorne. (C)

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie können ja so viel nicht lesen; das nehme ich Ihnen auch nicht übel. Wie sollten Sie bei den Bergen, die Sie zu lesen haben? Heute Abend sei Ihnen der Punsch gegönnt. Da müssen Sie es auch nicht lesen.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

Die Landesrektorenkonferenz hat geschrieben:

"Die Hochschulliegenschaften stehen demgegenüber unter der Maßgabe, Forschung und Lehre zu dienen. Kein anderes Bundesland vernachlässigt diesen Aspekt so wie NRW."

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich oder Herr Wilke oder Herr Kuhmichel das so formulieren würden, würden Sie sagen: typische Oppositionslyrik! - Das aber ist die Hochschulrektorenkonferenz.

Das Ganze wird noch trauriger, am Beispiel deutlich gemacht, wenn es da heißt: "Derweil drohen Berufungs- und Bleibeverhandlungen zu scheitern, weil den Wissenschaftlern kein geeignetes Forschungsumfeld zur Verfügung gestellt werden kann." Jetzt kommt die Groteske im Feinsten: "Beispielsweise wird die Bereitstellung von Internetzugängen vom BLB als wertsteigernde Maßnahme gegenüber werterhaltenden Maßnahmen zurückgestellt."

(D)

Da reden wir von Schulen am Netz, und da werden Internetzugänge an den Hochschulen nicht gebaut, nicht fertig gestellt, weil Wertsteigerung nicht gewollt wird, sondern nur Werterhaltung. Da kann doch nur noch Alkohol wirken, wenn man so etwas liest.

(Beifall bei der FDP und von Dietrich Kessel [SPD])

Das ist nicht die Opposition, sondern das ist nun wirklich die Landesrektorenkonferenz.

Zum Abschluss noch einmal das schöne Thema ZVS: Stimmen Sie doch zu, dass wir das dann wenigstens stufenweise machen, nicht zum 1. Januar 2002. Wenn Sie bereit wären, die Mit-

(Joachim Schultz-Tornau [FDP])

- (A) tel anteilmäßig zu kürzen, würden wir sofort unseren Antrag entsprechend modifizieren.

(Beifall bei der FDP)

Manchmal versteht man die Welt nicht, wie provinziell wir hier diskutieren: Das geht nicht, das haben wir noch nie so gemacht. Wo kämen wir dahin, wenn das die Hochschulen in eigener Verantwortung tun?

Gestern war ich beim Stifterverband der Deutschen Wissenschaft. Da haben sich erstklassige Privathochschulen vorgestellt. Unisono war dort das Thema - nur beispielhaft -: Der Präsident der Bucerius Law School, Prof. Kötz, hat noch einmal gesagt, wenn es einen Wunsch frei gäbe, wäre es die Abschaffung der ZVS und die Überführung der Verantwortung für die Auswahl der Studierenden in die Hochschulen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn man Wettbewerb will, wenn die Hochschulen eigenes Profil wollen, Herr Kessel - nicht, dass das ausreichend wäre -, ist es unabdingbar, dass sie sich die Mühe machen, darüber zu entscheiden, wen sie als Studierende aufnehmen wollen. Genauso müssen auch die Studierenden wissen: Es ist meine Verantwortung, mich zu fragen, welches Profil, welche Hochschule zu meinen Interessen, zu meinen Begabungen, zu dem, was ich mal werden möchte, passt?

(B)

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist das so wichtig. Wir wissen doch auch, dass wir es nicht zum 1. Januar kündigen können.

(Dietrich Kessel [SPD]: Das haben Sie aber beantragt!)

- Ja natürlich, wir haben das bewusst so beantragt, weil es uns um die Symbolwirkung ging. Wenn wir aber eine Chance hätten, mit Ihnen an einem Strang zu ziehen - ich sage es noch einmal -, wären wir sofort bereit, ohne jedes Wenn und Aber unseren Antrag so zu modifizieren, dass wir die Mittel so zurückfahren, wie es einer schnellen Kündigung, die auch Baden-Württemberg will, entsprechen würde.

In diesem Sinne hoffen wir dann doch noch auf Einsicht bei Ihnen und freuen uns auf eine weih-

nachtliche Überraschung sowohl bei der Graduiertenförderung als auch bei einem gemeinsam umgeschriebenen Antrag zur mittelfristigen Abschaffung der ZVS. - Herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Jan Söffing:** Vielen Dank, Herr Schultz-Tornau. - Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Dr. Seidl.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Rede von Herrn Schultz-Tornau vor Augen führt,

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Gute Rede!)

kann man nur sagen: Na dann Prost!

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Warten Sie einmal ab, bis Sie sie verstanden haben!)

Auf der einen Seite fordern Sie in Bildung und Wissenschaft Innovationen ein, und auf der anderen Seite sperren Sie sich allen Reformbemühungen, die die Koalition mit Beginn dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat. Das ist eine Blockade- und Verhinderungspolitik, die unserem Bildungssystem nicht gut tut.

(D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir Grünen haben demgegenüber klare Vorstellungen, was die bildungspolitischen Ziele angeht. Wir wollen den Zugang zu den Bildungseinrichtungen gerecht gestalten. Wir wollen das Bildungssystem zukunftsfähig machen. Wir wollen die Chancengleichheit von Männern und Frauen gewährleisten, und wir wollen unser Bildungssystem international ausrichten.

Das hat nichts mit Ritualen zu tun, Herr Schultz-Tornau. Dass uns Bildung viel Wert ist, haben wir mit dem diesjährigen Wissenschaftshaushalt abermals unter Beweis gestellt. Mehr als 4,6 Milliarden Euro sprechen eine deutliche Sprache. Das ist trotz der bekannten angespannten Finanzlage eine Steigerung von 1,5 % gegenüber dem Vorjahr. Wir haben aber viel mehr getan, als einfach nur die Mittel zu erhöhen. Wir haben wichtige strukturelle Reformen durchgesetzt und diese dann finanziell flankiert.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

- (A) Durch neue Steuerungsinstrumente wie Zielvereinbarungen, Programme und Globalhaushalte geben wir den Hochschulen mehr Autonomie und Selbstständigkeit. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass fast 60 % der Ausgaben der Hochschulen im Rahmen ihrer Finanzautonomie dezentral bewirtschaftet werden. Die Hochschulen haben so die Möglichkeit, erstmals einen Investitionsfonds aufzubauen, und darüber hinaus werden ihnen auch neue Möglichkeiten der Stellenflexibilisierung eröffnet.

Bei der Studienreform haben wir einen weiteren Schwerpunkt gesetzt. Ich nenne die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Sie soll dazu beitragen, dass das Studium künftig inhaltlich und zeitlich flexibler gestaltet werden kann.

Ich nenne die Reform der Lehrerausbildung. Der anstehende Generationenwechsel in der Lehrerschaft muss genutzt werden für die Entwicklung eines neuen Lehrerbildes, für eine flexiblere Einstellungspolitik und eine bessere Verwertbarkeit der Abschlüsse. Die Erprobung einer gestuften Lehramtsausbildung bietet die Chance, eine optimal miteinander verzahnte, strukturelle und inhaltliche Reform umzusetzen. Es ist dies der größte Umbruch in der Lehrerbildung, seit die Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten integriert worden sind.

- (B) Studienreform und Innovation in der Lehre sind wesentliche Voraussetzungen einer Qualitätsentwicklung an den Hochschulen unseres Landes. Hierzu haben wir das Studienreformprogramm "2000 Plus" im kommenden Haushaltsjahr mit über 11 Millionen Euro ausgestattet. Zur Studienreform gehört auch die internationale Ausrichtung unseres Bildungssystems. In diesem Zusammenhang sind drei Schwerpunkte zu nennen:

Der Aufbau von sechs Graduate-Schools für leistungsstarke Graduierte und Doktoranden aus dem In- und Ausland, der Ausbau spezifischer Doktorandenprogramme für ausländische Studierende sowie die Abkommen zum Studierenden-austausch im Rahmen von so genannten kooperativen Studiengängen. Auch hier fließen zusätzliche Gelder.

Die Internationalisierung der Hochschulen wird im Haushaltsjahr 2002 mit einer weiteren Erhöhung um 1 Million Euro auf 4,5 Millionen Euro weiter vorangetrieben.

- (C) Wir Grünen wollen, dass unsere Hochschulen jünger, offener und internationaler werden. Deshalb ist auch die von Rot-Grün auf Bundesebene angestrebte Dienstrechtsreform längst überfällig. Sie wird verkrustete Strukturen aufbrechen und den Weg für den Nachwuchs bereiten. Durch die Einführung der Juniorprofessur wird der bisherigen Praxis einer 20-jährigen Ausbildungsphase mit hoher Abhängigkeit und starrem Qualifikationssystem endlich ein Ende bereitet.

Juniorprofessoren sollen eigenständig Drittmittel einwerben, Forschungsprojekte umsetzen und ihre weitere Qualifizierung frei gestalten können. Auch in Nordrhein-Westfalen wollen wir den anstehenden Generationenwechsel nutzen und Juniorprofessuren an unseren Hochschulen etablieren. Dazu haben wir für die Startphase im Haushalt 2002 zusätzliche 500.000 Euro aus Landesmitteln als Anschubfinanzierung bereitgestellt. Nun liegt es an den Hochschulen, die Reform weiter voranzutreiben.

Ich möchte einen letzten inhaltlichen Punkt nennen, der mir wichtig ist. Chancengleichheit von Männern und Frauen kann nicht verordnet werden. Allerdings zeigt die bisherige Erfahrung auch, dass sie sich nicht aus sich selbst heraus durchsetzen wird. Trotz einer breiten gesellschaftlichen Debatte und massiver politischer Anstrengungen um die Verwirklichung der Chancengleichheit von Männern und Frauen ist das Bild in der Wissenschaft immer noch traurig. Immer noch sind weniger als 10 % der C4-Professuren von Frauen besetzt, obwohl über 50 % der Studierenden im ersten Semester Frauen sind. Von Qualifikationsstufe zu Qualifikationsstufe nimmt der Anteil von Frauen rapide ab.

(D) Die Einführung von Juniorprofessuren bietet eine große Chance, den Anteil von jungen qualifizierten Wissenschaftlerinnen zu erhöhen. Wir wollen diese Chance nutzen und haben deshalb auch in einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen die Hochschulen aufgefordert, Juniorprofessuren mit qualifizierten Wissenschaftlerinnen zu besetzen.

Bund und Länder streben bis 2005 eine 40%ige Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen des wissenschaftlichen Qualifikationsprozesses an, von der Vergabe von Stipendien bis zur Besetzung von Stellen. Wir Grünen unterstützen dieses Ziel nachdrücklich. Darüber hinaus stellen wir im Lan-

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

(A) deshaushalt 4,5 Millionen Euro direkt für Frauenförderung und Frauenforschung zur Verfügung.

Damit unterstützen wir die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, das Netzwerk Frauenforschung und das Lise-Meitner-Stipendienprogramm. Wir haben weiterhin bei verschiedenen Programmen des Landeshaushalts - Herr Kessel hat es eben schon gesagt - Mittel über 2,1 Millionen Euro zur Steigerung des Frauenanteils gebunden: zur Förderung von Existenzgründerinnen, zur Förderung der Promotion von Fachhochschulabsolventinnen, zur Steigerung des Frauenanteils bei den Graduate-Schools, beim Informatikstudium, im Rahmen des Studienreformprojekts "2000 Plus" und bei den Ausgaben für die Berufung von Professorinnen.

Was sagt nun die Opposition? Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, meine Damen und Herren von der FDP, wären die Mittel für die Frauenförderung sogar noch gekürzt worden. Sie fordern zwar beide, CDU wie FDP, viele Millionen zusätzlich für die Hochschulen.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Milliarden!)

Woher dieses Geld kommen soll, sagen Sie aber nicht.

(B) Ihr einziger konkreter Vorschlag ist die Abschaffung der ZVS. Das ist aber weder inhaltlich sinnvoll noch aufgrund der Verpflichtungen auf Bundesebene kurzfristig überhaupt möglich. Das sollten Sie eigentlich auch wissen. Alles andere läuft bei Ihnen über ungedeckte Schecks.

Viel dramatischer finde ich Ihren Mangel an Ideen. Anstatt in die Menschen in NRW und in die Qualität ihrer Ausbildung zu investieren, fordern Sie pauschal zig Millionen für Großgeräte und Sachausstattungen, ohne jedoch zu sagen, wer konkret was damit tun soll.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Sie scheinen schon weiter zu sein!)

Meine Damen und Herren von der FDP, Herr Schultz-Tornau, markige Sprüche freuen uns alle, aber hier geht es um Inhalte. Allein die Parole "mehr Geld und mehr Wettbewerb" kann über die konzeptionelle Leere Ihrer Politik - und ich meine Leere mit zwei e an dieser Stelle - nicht hinwegtäuschen.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Ihre Erläuterung ist für Ihren Parteitag wichtig!)

(C) Es reicht eben nicht aus, die Hochschulen dem Wettbewerb auszusetzen und die Politik ins Abseits zu schieben. Die Bereitstellung von Bildung ist nach wie vor eine staatliche und eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Allein den Markt über das Angebot von Bildungseinrichtungen entscheiden zu lassen, führt zu einer Massenfabrikation von Fachidioten. Gerade darum kann es aber nicht gehen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Das eng qualifizierte Spezialistentum hat längst ausgedient. Um komplexe Problemlösungen zu erzielen, brauchen wir kreativ denkende Menschen, die bereits während ihrer Ausbildung gelernt haben, zu lernen und über den Tellerrand zu schauen. Was wir letztlich brauchen, ist eine Debatte jenseits der ideologischen Fronten. Es ist unbestritten, dass den Bildungseinrichtungen mehr Autonomie zugestanden werden muss. Sie müssen von der vielfach empfundenen staatlichen Bevormundung befreit werden. Ebenso unbestritten ist es aber auch, dass wir keinen Übergang zur Privatisierung der Bildungseinrichtungen anstreben, meine Damen und Herren.

(D) Wir brauchen also einen konstruktiven Dialog zwischen Politik, Bildungsexpertinnen und -experten und der Gesellschaft darüber, wie das Verhältnis zwischen Staat und Bildungseinrichtungen künftig gestaltet werden soll. In diesem Dialog müssen wir uns aber auch endlich wieder über die Formen und Inhalte von Bildung auseinander setzen. Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. - Als nächste Rednerin Frau Ministerin Behler. Bitte schön.

**Gabriele Behler,** Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wissenschaft und Forschung - dieses Politikfeld stellt in der Tat die Voraussetzungen für Zukunftsstrukturen dar. Ich bin stolz darauf, dass wir in Nordrhein-Westfalen auf diesem Feld von Wissenschaft und Forschung auch in Haushaltszahlen konkret nachrechenbar ein deutliches Wachstum, nämlich in der Größenordnung von 1,5 %, zu verzeichnen haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sie sind stolz!)

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) - Ja, in der Tat. Vor allen Dingen, wenn man das mit dem vergleicht - Herr Kuhmichel, das müssen Sie sich anrechnen lassen -, was Ihre Vorleute auf diesem Feld in der Vergangenheit aufzuweisen hatten. Sie mögen das nicht so gerne hören, an Ihrer Stelle würde ich mich da auch unwohl fühlen, aber erlauben Sie mir, Ihnen das noch einmal deutlich ins Stammbuch zu schreiben.

Zu den Inhalten, die dann auch haushaltswirksam werden: Was haben Sie sich aufgeregt über den Qualitätspakt, was haben Sie sich Mühe gegeben, da Empörung zu inszenieren.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das hat geklappt!)

Jetzt, wo in allen Bereichen, auch in den Hochschulen erkannt wird, dieser Qualitätspakt war strategisch richtig

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Nein!)

und hochschulpolitisch sinnvoll, verstummt auch - man höre und staune - die Kritik der CDU bzw. man schleicht sich etwas aus der Runde, um dort nicht so sehr gestellt zu werden.

(B) (Manfred Kuhmichel [CDU]: Sie sind doch gar nicht vor Ort!)

- Nein, nein, die Planungssicherheit, der Innovationsfonds, die gesamte Operation mit dem Expertenrat und den Konsequenzen daraus! Die Landschaft hat breit akzeptiert, dass das, was wir hier seit 1999 auf den Weg gebracht haben, zu ihrem eigenen Nutzen gewesen ist. Ich sage auch, die Ergebnisse dieses Expertenrats, die wir in der sechsten Rechtsverordnung im vergangenen Jahr umgesetzt haben, sind nach dem Urteil des Vorsitzenden des Expertenrats insoweit einmalig, als er sagt: Ansonsten sind Experten, die bei hochschulplanerischen Prozessen zur Begutachtung eingeschaltet werden, es von Landesregierungen gar nicht gewohnt, dass den Worten auch Taten folgen. Er rühmt ausdrücklich, dass in Nordrhein-Westfalen schnell und seriös auf der Basis dieser Empfehlungen gehandelt worden ist.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Was sollten die anderes machen?)

- Sie wissen genau, Herr Kuhmichel, wir sind jetzt in der Phase der Zielvereinbarungen, wo wir mit jeder Hochschule erarbeiten, worin deren forschungspolitisches Profil, worin das wissen-

(C) schaftliche Profil, worin das Profil in der Lehre bestehen kann und soll. Daran müssen wir ein landesplanerisches Interesse haben - völlig klar. In diesen Zusammenhang gehört es, frei gewordene Ressourcen, weil man Studiengänge hat schließen können, umzuwidmen in den Aufbau neuer Schwerpunkte, neuer Exzellenzen in Forschung und Lehre.

(Manfred Kuhmichel [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau ---

**Gabriele Behler**, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Nein, ich möchte das gern zu Ende führen.

In diesen Kontext, auch das ist Ihnen bekannt, Herr Kuhmichel, gehört natürlich auch die Lehrerausbildung für den islamkundlichen Unterricht, der hoffentlich in kürzerer Zeit in einen Religionsunterricht überführt werden kann. Man mag das in Ihrem Antrag für eine sprachliche Ungenauigkeit halten, wenn Sie dort schreiben: ein Lehrstuhl für islamischen Religionsunterricht. Ich frage Sie, wer soll denn das nihil obstat erteilen? Die Frage können Sie doch schon nicht beantworten. Da müsste Ihnen als Wissenschaftspolitiker einleuchten, dass man einen solchen Antrag gar nicht stellen kann.

(D) Zum Zweiten wissen Sie auch ganz genau, dass ein Lehrstuhl zu diesem Zweck so gut wie kein Lehrstuhl ist. Wir brauchen einen ganzen Schwerpunkt, um die grundständige Lehrerausbildung zu entwickeln - das ist völlig klar. Das ist Bestandteil der Zielvereinbarungen. Sie gehört an einen Ort, an dem sie eingebettet ist in die Ausbildung von Religionslehrern anderer Konfessionen, an dem sie eingebettet ist in den Schwerpunkt der Islamwissenschaften und der Orientalistik und hier einen guten fachlichen Zusammenhang hat. Warten Sie doch einmal bis zum Frühjahr! Dann werden Sie sehen, auch diese Voraussetzung wird über die Zielvereinbarungen geschaffen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wir wollen nicht immer nur warten!)

Ein Wort zum BLB: Ich möchte Ihnen hier das sagen, was ich auch in einer Besprechung mit



(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) den Hochschulrektoren gesagt habe. Jenseits der grundsätzlichen Positionierung vor einer endgültigen Entscheidung habe ich den Hochschulrektoren auch gesagt: Wer jetzt bei den einzelnen Verfahren in seiner Kritik als maßlos verstanden werden kann, der läuft Gefahr, dass die berechtigte Kritik nicht wahrgenommen wird.

Ich habe die Hochschulrektoren sehr herzlich darum gebeten, sorgfältig abzuwägen und nicht aus dem problematischen Einzelfall, den ich auch kenne, eine pauschalierende Behauptung zu machen und den Eindruck zu erwecken, als sei das an allen Standorten in gleicher Weise auf allen Feldern und im selben Umfang der Fall. Dieses Gespräch war außerordentlich hilfreich. Das ist mit den Hochschulen auch so verabredet worden: Dort, wo es Mängel im Verfahren gibt, werden sie aufgedeckt und dann auch abgestellt.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wie geht das?)

Aber Sie können nicht eine ganze Entscheidung beständig immer wieder unter Pauschalverdacht stellen.

- (B) Im Übrigen gilt das auch für Folkwang. Der Ministerpräsident hat die Prüfung zugesagt. Das ist völlig klar. Natürlich arbeitet der BLB gemeinsam mit der Folkwang-Hochschule an einem Konzept zur Renovierung, gegebenenfalls auch Sanierung.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wenn noch etwas steht!)

Daran besteht doch überhaupt kein Zweifel.

Zum Stichwort wissenschaftlicher Nachwuchs: Es hilft Ihnen nichts, falsche Behauptungen beständig zu wiederholen und damit den Eindruck zu erwecken, sie wären richtig. Die individuelle Graduiertenförderung ist nicht gesunken, sondern sie wird mit dem vorliegenden Haushalt steigen. Das Spezifikum der Graduiertenförderung in Nordrhein-Westfalen darüber hinaus, unsere Graduate Schools, erregt in der Tat nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch international erhebliches Aufsehen, und zwar sowohl wegen des Konzeptes und wegen der finanziellen Ausstattung wie auch wegen der Rekrutierung und der damit verbundenen Unterstützung und Förderung von wissenschaftlichem Nachwuchs insgesamt.

Die Internationalisierung ist angesprochen worden. Wir verzahnen die verschiedenen Elemente:

- (C) über die Planungssicherheit und den Innovationsfonds, über den Qualitätspakt, über die Entwicklung neuer Schwerpunkte und neuer Profile mit dem Ziel der Exzellenz, über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch finanzielle Unterstützung. Durch die institutionelle Unterstützung bei den Graduate Schools genauso wie durch die Internationalisierung von Forschung und Lehre selbst, wo wir das Landesprogramm auch noch einmal erhöhen, und durch die Steigerung der Forschungsförderung selbst gehen wir systematisch und Schritt für Schritt den Weg der Optimierung dieses Wissenschafts- und Forschungsstandortes Nordrhein-Westfalen. Dabei sind wir uns sehr sicher, dass wir diese Fortschritte in kurzen Abständen erzielen. Sie werden national wie international wahrgenommen. Sie unterstützen uns in allem, was die Entwicklung dieses Landes für eine bessere Zukunft angeht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Was ist mit Schweden?)

- Gerade da auch. Ich halte im Übrigen nichts davon, Herr Kuhmichel, so wie Herr Schultz-Tornau, zu meinen, man müsse die Debatte nur zurückführen auf den Alkohol, dann käme man schon ein Stück weiter.

Herr Schultz-Tornau, wie ernst Ihre Anträge offensichtlich von Ihnen selbst gemeint sind, haben Sie uns eben vorgeführt. Ich nenne dazu das Stichwort ZVS. Sie haben das offensichtlich nicht so ernst gemeint. Das war ja die Quintessenz Ihres Beitrages.

Zum Inhaltlichen möchte ich Ihnen eine Frage stellen: Was sagen Sie denn den interessierten Abiturientinnen und Abiturienten - nicht nur in Nordrhein-Westfalen -, die dann bei einer freien Hochschulauswahl nicht genommen werden? Sagen Sie denen, sie könnten sich ihr Abitur hinter den Spiegel stecken, darauf komme es nicht so an, sagen Sie denen, sie müssten selbst dafür sorgen, dass sie irgendwo genommen würden? Wie organisieren Sie eigentlich dann die Studienreform an den Hochschulen?

Es scheint mir ein Missverhältnis sondergleichen zwischen den Anforderungen, die sich an die eine Gruppe richten, und den Entlastungen, die sich an die andere Gruppe richten, zu bestehen. Eine Steuerungswirkung zur Verbesserung des gesamten Systems geht von einem solchen Ansatz nicht aus. Ich finde, darum muss es uns in der

(D)

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) politischen und in der staatlichen Verantwortung gehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen daher zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 05**.

Wir stimmen zunächst über die **Änderungsanträge** ab. Das sind in der Übersicht die Ziffern 31 bis 58. Ich darf Sie bitten, die Liste zur Hand zu nehmen, damit wir genau in der Reihenfolge der Ziffern abstimmen können.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 31 der CDU-Fraktion, **Drucksache 13/1920**, auf, Stichwort: Einsparung bei Herstellungs- und Versandkosten. Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer lehnt den Antrag ab? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

(B) Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag** Nr. 32 der CDU-Fraktion, **Drucksache 13/1921**, Stichwort: Reduzierung der sächlichen Verwaltungsausgaben. Wer stimmt zu? - Wer lehnt ab? - Wer enthält sich? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Antrag** Nr. 33 der CDU-Fraktion, **Drucksache 13/1922**, Stichwort: Reduzierung der Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer. Wer stimmt zu? - Wer lehnt ab? - Wer enthält sich? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 34 der FDP-Fraktion, **Drucksache 13/2047**, Stichwort: Hochbegabtenförderung, auf. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Zum **Antrag** Nr. 35 der FDP-Fraktion, **Drucksache 13/1923**, Stichwort: Erhöhung der Verwaltungsausgaben (Lehrerfortbildung). Wer stimmt

zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und Stimmenthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 36 der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1924**, auf, Stichwort: Graduiertenförderung. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 37 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1925**, auf. Das Stichwort heißt auch hier: Graduiertenförderung. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 38 der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1926**, auf, Stichwort: Förderung des studentischen Wohnraums. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(D) Ich rufe den **Antrag** Nr. 39 der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1927**, auf, Stichwort: Streichung der Mittel für die ZVS. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 40 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1928**, auf. Das Stichwort heißt auch hier: Streichung der Mittel für die ZVS. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 41 der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1929**, auf, Stichwort: Finanzautonomie der Hochschulen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** Nr. 42 der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1930**, auf, Stichwort: Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Wer stimmt zu? - Wer

(Vizepräsidentin Edith Müller)

(A) stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 43** der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1931**, auf, Stichwort: Zuschuss für die Hochschulbibliotheken. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 44** der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1932**, auf, Stichwort: Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 45** der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1933**, auf, Stichwort: Verbesserung der Ausstattung an den Hochschulen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(B)

Ich rufe den **Antrag Nr. 46** der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1934**, auf, Stichwort: Erwerb von Großgeräten. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 47** der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1935**, auf, Stichwort: Ganztagsangebot an allen Schulformen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 48** der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1936**, auf, Stichwort: Verstärkung der Mittel der GFG-Schulpauschale. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und einige wenige Stimmen der CDU-Fraktion bei überwiegend Enthaltungen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 49** der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1937**, auf, Stichwort: Zuweisungen für Schülerfahrtkosten für Kommunen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(C)

Ich rufe den **Antrag Nr. 50** der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1938**, auf, Stichwort: Schaffung einer Stellenreserve. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 51** der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1939**, auf, Stichwort: Reduzierung des Ansatzes für Vergütungen für Aushilfen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 52** der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1940**, auf, Das Stichwort heißt auch hier: Reduzierung des Ansatzes für Vergütungen für Aushilfen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

(D)

Ich rufe den **Antrag Nr. 53** der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1941**, auf, Stichwort: Erhöhung der Reisekostenvergütungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 54** der Fraktion der CDU, **Drucksache 13/1942**, auf, Stichwort ebenfalls: Erhöhung der Reisekostenvergütungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und einigen Stimmen der CDU-Fraktion bei überwiegender Enthaltung der Mitglieder der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 55** der Fraktion der FDP, **Drucksache 13/1943**, auf, Das Stichwort heißt

(Vizepräsidentin Edith Müller)

- (A) hier erneut: Erhöhung der Reisekostenvergütungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe auf den **Antrag** Nr. 56 der CDU-Fraktion, **Drucksache 13/1944**, Stichwort: Erhöhung der Reisekostenvergütungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe auf **Antrag** Nr. 57 der FDP-Fraktion, **Drucksache 13/1945**, Stichwort: Erhöhung der Mittel für Ganztagsbetreuung. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** 58 der CDU-Fraktion, **Drucksache 13/1946**, Stichwort: Höhergruppierung, auf. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

- (B)

So weit die Änderungsanträge.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Einzelplan 05 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1805**. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Einzelplan 05 ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen **angenommen**.

Ich bedanke mich sehr für die konzentrierte Durchführung dieser Abstimmung und rufe **Nummer 4** auf:

**Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei**

mit den Teilbereichen "Ministerpräsident und Staatskanzlei", "Landesplanung" und "Europaanliegenheiten" unter Hinweis auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 13/1802 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der

Fraktion der FDP Nummern 59 bis 66 der Tischvorlage. (C)

Ich eröffne die Beratung über den Teilbereich

**a) Ministerpräsident und Staatskanzlei**

und erteile als erstem Redner Herrn Jostmeier für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Jostmeier.

**Werner Jostmeier** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde ganz gerne, Frau Präsidentin, aus Zeitersparnisgründen meinen Wortbeitrag für den Teilbereich c) jetzt mit liefern.

**Vizepräsidentin Edith Müller**: Selbstverständlich.

**Werner Jostmeier** (CDU): Dann könnten wir den Punkt c) zusammen mit Punkt a) abhandeln, und zum Teilbereich b wird Kollege Hegemann seinen Beitrag leisten.

(Viele Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.) (D)

- Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können jetzt gern hier bleiben, auch wenn die Abstimmungen möglicherweise erst in einer halben Stunde stattfinden, denn es geht um den Haushalt Ihres Chefs, nämlich des Chefs der Staatskanzlei.

(Zurufe von der SPD)

- Man hat eben manchmal dieses Gefühl, so wie sich die Mehrheitsfraktionen hier verhalten.

(Edgar Moron [SPD]: Wir haben alles im Griff! - Dr. Stefan Grüll [FDP]: Und die Grünen im Würgegriff!)

- Aber selbstverständlich, Herr Moron!

(Unruhe - Glocke)

Meine Damen und Herren, was für den Gesamthaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen gilt, gilt insbesondere und gerade für den Haushalt der Staatskanzlei. Dafür gilt insgesamt zusammenhängend festzuhalten: Die Schere zwischen An-